

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Sonntagsblatt monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erhältlich tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterstützt werden die 6 geplante Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeige 20 Pf. Jüngere müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 145.

Dresden, Montag den 28. Juni 1909.

20. Jahrg.

## Er darf noch bleiben!

Nach der entscheidenden Abstimmung über die Erbschaftssteuer schreibt die liberale Presse: „Auflossen oder abtreten!“ Über die konservative Presse befahl: „Bleiben, weiterdienen und gehorchen!“ Dem konservativen Münich gehorchen fuhr am Sonnabend der Kaiser nach Kiel zu Wilhelm II. und erwischte sich die Erbschaftssteuer nicht einzutragen noch behalten zu dürfen, bis die Reichsfinanzreform unter Druck gebracht sei. Der Sieg der konservativ-klerikalen Koalition wird durch diese Tatsache erst vollständig. Amtlich wird gemeldet:

Berlin, 26. Juni. Bei seinem heutigen Vortrag über die politische Lage hat der Reichskanzler G. Majestät den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Der Kaiser hat es jedoch abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblick dem Reich das Fürsten Blöß zu entsprechen. G. Majestät weiß darauf hin, daß noch der ehemaligen Unterstützung der verbündeten Regierungen das baldige Zustandekommen der Finanzreform für die innen Wohlheit wie für die Stellung des Reiches noch außen eine Lebensfrage ist. Er kann unter diesen Umständen der Erfüllung des Wunsches des Fürsten auf Einbindung von seinen Kämpfern nicht eher näher treten, als bis die Arbeiten für die Finanzreform ein positives und für die verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis gezeigt haben würden.

Das vorläufige Verbleiben des Reichskanzlers im Amt kommt der Rechten sehr gelegen. Wäre Bölow jetzt gegangen, so wäre das ein Akt der Opposition, des Protestes gegen die im Reichstag siegreiche Richtung gewesen. Die Konservativen haben aber in der Tat nicht die Absicht, Minister zu führen; daß ver steht gegen ihr „monarchisches Bewußtsein“. Die Konservativen wollen nur, daß die Minister ihnen an der Hand fressen. Und Bölow zieht ihnen aus der Hand!

Was die Röderdorfer Allgemeine Zeitung offiziell an der Spitze ihrer Wochenzeitung ausdrückt, ist nur erstaunlich faulnade. Sie besagt:

Der Reichstag hat jetzt Entscheidungen getroffen, die für das Zustandekommen der Finanzreform von folgerichtiger Bedeutung sind und für das Gelingen des Werkes verbündeter Blöß werden können: er hat am Dienstag die sogenannte Polizeisteuergesetz angenommen und am Donnerstag die Erbschaftssteuer abgeschafft, beides in unverkennbarem Widerstreit gegen den hier dargelegten Willen und Gutshalt der verbündeten Regierungen.

Die Reichstagmehrheit hat die Erbschaftssteuer in allen Punkten abgelehnt und damit den wichtigsten Teil aus der Finanzreform herausgeschlagen... Diese Vorlage der Regierung hat den fast einmütigen Beifall von Wissenschaft und Praxis erfahren; die Einflüsse der Erbschaftssteuer wird mit Recht in vielen Volkskassen als ein unverzichtbares Korrelat gegenüber den gleichzeitig normendigen starken Inanspruchnahmen der Erbschaftsabgaben angesehen.

Durch die beiden Schlässe hat die Reichstagmehrheit nicht nur die politische Gruppierung der Parteien aneinandergerissen, die seit dem Wahlen des Januar 1907 bestand und sie für die Führung der Reichsgeschäfte als durchaus erfolgreich und nützlich erachtet hatte, sie hat durch diese Spaltung nicht nur den damals erzielten Erfolg des geschlossenen Auftritts der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie klarstellend gemacht, sondern sie hat auch das große Werk der Reichsfinanzreform noch längen, schwieriger und mühsamer Verhandlungen hin vor deren Abschließung überhaupt in Frage gestellt. Die Regierung muss von der neuen Mehrheit des Reichs erwartet, daß sie nach Ablehnung der Erbschaftssteuer Reformvorlagen zu bieten versucht, die mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit vereinbar sind und nicht an die Quellen des Wohlstands des Landes röhren.

Die Reichstagmehrheit wird sich dabei keinen Zweifel darüber hingehen dürfen, daß die verbündeten Regierungen niemals Steuern annehmen können und werden, welche insbesondere Industrie und Handel in ihrem Interesse tragen. Die verbündeten Regierungen werden vielmehr jeden einzelnen der Steuertarifwidrigkeiten auf seine sachliche Berechtigung prüfen und werden, falls der Versuch gemacht werden sollte, ihnen durch ein Manöver, oder in anderer Form Steuern aufzuzwingen, die sie für unannehmbar erachtet haben, eben das gesetzliche Reformwerk ablehnen, als daß sie Vorschläge ihre Zustimmung geben, die der deutschen Volkswirtschaft dauernden Schaden bringen müßten.

Das klug eingedachte Schätz. Aber hinter der scheinbaren Schärfe zeigt sich deutlich die Schwäche der Regierung, mit den Konservativen sich zu einigen. Es ist vor allem keine Rede mehr davon, daß die Finanzreform ohne Erbschaftssteuer nicht gemacht werden sollte und könnte, wie früher der Sozialkämpfer Sydow aufs feierlichste versichert hatte. Vielmehr werden die Konservativen nun aufgefordert, auf die Kötterungsneuer, den Kohleausfuhrzoll und die Währungsrichtlinie zu verzichten und andere Vorschläge zu machen. Die Konservativen werden sich auf diese Verhandlungen mit Vergnügen einlassen und haben dabei nur Rücksicht zu nehmen auf die Wünsche ihrer klerikalen Bundesgenossen.

Die Konservativen sind sogar quäglich genug, auch den Nationalliberalen von neuem die „Mitarbeit“ anzubieten. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen ähnlich wie ihr Meister Bölow klein beigegeben. Sie haben schon angekündigt, daß sie eine Dividendensteuer als Besitzsteuer beantragen wollen, beweisen also ihre Bereitschaft, trotz Ablehnung der Erbschaftssteuer sich an die Kompromißverhandlungen einzulassen.

Die Konservativen sind vertragt. Bölow will als Gefangener des konservativ-klerikalen Blöß fortstricken. Es soll ein positives

Resultat in der Finanzreform erreicht werden. Dann will Bölow wieder sagen. Aber hofft er bis dahin, noch irgendwelchen neuen Scheingrund zu finden, um sich vom Monarchen zum weiteren „Ausstehen“ einzuladen zu lassen?

Und soll es so recht sein! Mögen sich die regierenden Männer und die bürgerlichen Parteien nur immer weiter vor aller Welt in ihrer Zämmerrlichkeit und Unwürdigkeit offenbaren!

Die Massen des Volkes werden die Worte aus diesem ungeheueren, politischen und moralischen Zusammenbruch der herrschenden Mächte zu ziehen wissen!

Autorenzeichnung der Situation seien noch folgende Mitteilungen wiedergegeben:

Bad, 27. Juni (Vol. Anz.) Auf dem gestrigen Gartenfest beim Stadtschloss bildete vielfach die Politik das Gespräch, und mit großer Lebhaftigkeit wurde die Frage erörtert, auf welche Weise der Situation ein Ende gemacht werden sollte. Den Abg. Spann schien die Lage einer besonderen Lösung zu bedürfen. Er meinte, daß die Finanzreform nun mehr vom Fürsten v. Bölow mit der neuen Mehrheit gemacht werden würde. Ausdrücklich hob er dabei hervor, daß es sich bei dem ganzen Konflikt doch nur um sachliche Meinungsverschiedenheiten hande, persönliche Einflüsse irgendwelcher Art seien dabei nicht maßgebend gewesen.

Frankfurt a. M., 27. Juni. Über die Stimmung des Kaiserreich wird der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet: Man weiß längst, auch aus dem Telegramm, welches der Kaiser an Bölow nach dessen letzten Reden reichte, daß er in der Frage des Finanzreform mit lebhafter Interesse hinter dem Reichskanzler steht, und daß er sich auch innerhalb der ihm verfassungsschädlichen gegenüberstehenden Mächtigkeiten bemüht hat, den Widerstand der Konservativen zu beenden. Der Kaiser hat in der letzten Zeit mehrfach Personen gepriesen, welche ihm über die politische Bedeutung der konservativen Opposition und die wirtschaftliche Stauersage Auskunft gegeben haben und sowohl der Kaiser in Betracht kommt, würden eine Auflösung des Reichstags und ein frischer Wahlkampf wahrscheinlich nicht ausgeschlossen sein.

Berlin, 28. Juni. Die Folge der kalterlichen Entscheidung ist die Wiederauflösung der Reichsregierung mit den Parteien des alten Blöß, die das Amt haben, die Finanzreform auch ohne Erbschaftssteuer zu bringen. Hört Hofseite von der Konservativen Seite am Sonntag mit Mitgliedern verschiedener Parteien Besprechungen.

## Eine große Programmrede von Jaurès.

Ch. R. Paris, 26. Juni 1909.

Die Interpellationen über die allgemeine Politik des Kabinetts dauern weiter fort. Es ist eine fast akademische Redenschlacht. Nach dem Angriff von rechts gegen die Regierung Clemenceau kam ein viel bedeutenderer Angriff von links, seitens der Sozialisten. Jaurès hat in einer sehr schönen Rede der Regierung ihr Sündenregister vorgehalten. Er hat aber auch die bürgerliche Mehrheit nicht geschont. Er erklärte, daß er keine Zweifel über den Ausgang der Interpellation habe, er wolle aber das Land über die Situation ausspielen.

Vor allem warnte sich Jaurès gegen die reaktionäre Rechte. Schonungslos deckte er den lässenden Widerstreit zwischen ihrer heftigen Kritik der Regierung und der allzu häufigen Unterstützung, die sie ihr gewöhnt, auf. Diesen Widerstreit erklärt er durch die Ehrfurcht der Konservativen, die sich besser geeignet fühlen, die Aufrechterhaltung des Bestehenden zu beforschen, als die Radikalen, deren Vergangenheit sie gefangen hält. Nach dem ersten Streitkampf lachten die Konservativen freudig und ihre unzulose Regierungsfreundschaft bedauern. Die Prorobation des zweiten Streits hat sie beruhigt. Die Regierung hat sich gereizt, indem sie das Postproletariat zerstörte. In unserer Epoche beträgt man vor allem die Gewalt und den Erfolg an. Der Erfolg sei aber nur ein scheinbarer. Die Unterdrückung der Rechten sei auf die Dauer unsicher. Wenn es gilt, die Ordnung durch die Gewalt aufrecht zu erhalten, so sei die Realität deshalb besser ausgestattet. Im Wettkampf um die Gewaltlosigkeit könne sie immer Siegertreue bleiben.

Die Bewunderer der Gewaltlosigkeit und des Erfolgs, so führt der Redner fort, sind aber schwer zu befriedigen. Sie sind unersättlich und verlangen immer mehr. Schon die leichten Streitkämpfe liefern die Aktion der Regierung etwas sinken und die Potenz steigen. In der Kluft herzliche Unsicherheit nicht bloß unter den Soldaten, sondern auch in den Offizierskreisen. Sie haben es seit — französisches Arbeiterschlaf zu vergleichen, während ein anderer Teil die bisherige Unterdrückung der revolutionären Kräfte nicht genug entlastend und erlösend findet. Es gibt auch solche, die eine Politik vorsehen, die die bloße Vergleichung überflüssig macht. Alle Offiziere aber insgesamt Ielden grauenvoll durch ihre Absonderung vom Volke. Die Regierungspolitik befriedigt also weder die Realität, noch ist sie imstande, die Arbeiterschaft für die republikanische Freiheitlichkeit zu gewinnen. Der Arbeiterschaft gegenüber kann die Regierungspolitik decent gelern, jedoch werden: Gewaltlosigkeit in der Unterdrückung, Unsicherheit und Langsamkeit in der Reformarbeit.

Jaurès schilderte in großen Zügen die Streitkampf des Nordens, die Neuerungen des Südens, die Schlachtzeremonie von Dröbel und Villeneuve-St. Georges, wo die Regierung bald leichtsinnig Bündnisstiftung anstellt, bald mit schamlosen Brutalität unterdrückt. Das Resultat: eine Kluft zwischen den beiden linken Parteien, den Radikalen und den Sozialisten, eine Abneigung der Arbeiterschaft den geistlichen Mitteln gegenüber.

Je näher wir dem Eigentumsproblem rücken, desto unabwendbar wird der Kampf zwischen der radikalen Partei, die auf dem Boden des Privateigentums steht, und den Sozialisten. Jaurès wünscht aber, daß man bei diesem notwendigen und fruchtbaren Gegensatz die Gemeinsamkeit mit der republikanischen Partei nicht vergesse. Er erklärte aber förmlich, daß er eine neue Vereinigung in der Form eines Blocks mit dem Radikalismus für unmöglich halte. Diese Worte machten Eindruck auf die Kamer. Auf den sozialistischen Parteien wurde diese Erklärung von Jaurès freudig begrüßt.

Trotz des notwendigen Gegenseitens wäre aber eine Vereinbarung mit den Radikalen für die Ausführung der Reform möglich gewesen. Die Gewaltlosigkeit der Regierung hat diese Hoffnung jedoch verderbt. — Jaurès schiebt die Schuld des Bruches mit dem Radikalismus auf Clemenceau zurück. Er erinnert an die Verfolgungen der Arbeitskonföderation, an die Rebe Clemenceau in Lyon unmittelbar vor den Wahlen von 1906, wo Sozialisten und Republikaner gemeinsam für die Weltlichkeit der Schule kämpften, an die Verfolgungen der Lehrerorganisation wegen „Professorenbildung“ gegen Clemenceau, an die Prozesse gegen die Republikaner, die ohne die Regierungsvorwürfen der Vergessenheit und Gleichgültigkeit verfallen waren.

Jaurès rief einen interessanten Zwischenfall hervor, indem er abermals auf den zweiten Poststreit zu sprechen kommt. Er beschuldigte die Regierung, an die Wahlregelung von 3000 Beamten gedacht zu haben. Die Abstimmung dieser Wahlregelungen wurde zur rechten Zeit bekannt. Sie rief eine starke Opposition hervor. Die Regierung belast durch und verglich sie auf dieses neue Verfahren gegen das Postvotum. Clemenceau erklärte zwar, daß diese Wahlregelung vom Ministerium einstimmig abgelehnt worden ist, aber der Staatssekretär Syman, der Urheber des Streits, plauderte naiv aus der Schule, indem er den bösen Willen der Regierung zugab.

Nachdem Jaurès die Unterdrückungspolitik der Regierung schamlos aufgedeckt hatte, ging er zur Kritik ihres Reformprogramms über. Er sieht vor sich „eine Wüste“. Der Durchlauf der Eisenbahnen in durch Nebenkampfes des Staates durch die Compagnie französisch gemacht. Die Sonntagsruhe bleibt ein toter Sack. Die Einwohnersteuer begegnet dem Widerstand des Senats und kann nur durch eine populäre Regierung ausgeführt werden. Die Durchführung des Gesetzes, betreffend die Altersversicherung, ist durch die Erklärung Clemenceaus, daß das Gesetz bloß ein „Gaufeuwer“ sei, erschwert worden. Der Senat hat die Grundlagen des Gesetzes, das noch vor den Wahlen 1906 angenommen wurde, völlig zerstört. Nach dem Senatsprojekt sollen Arbeiter, die von 15 Jahren bis zu 65 Jahren den Beitrag zahlen, jährlich 260 Franc erhalten. Nach einem halben Jahrhundert, während dessen Arbeiter ihre Beiträge zahlen, werden nur 15 Prozent der selben eine kaum kennenswerte Pension bekommen. Da erlicht jeder Junge von Arbeiterversicherung auf bestreiter Zukunft. Aber auch in dieser lächerlichen Form wird das Gesetz noch immer aufgeschoben.

Jaurès kritisierte ferner die Nobelle über die Rechte der Beamten, die man in verschiedene Kategorien spalten will. Man prägt das Wort Syndikat ohne die aus ihm fließenden Folgen. Rätselhaft: man erlaubt den Beamten nicht den Anschluß an Arbeitersorganisationen.

Der Sterilität der gegenwärtigen Regierung liegt Jaurès die großen Reformen der vorhergegangenen entgegen: das Schulgesetz, die Trennung der Kirche vom Staat, die Abschaffung der militärischen Dienstzeit auf 2 Jahre, das Gesetz über Sonntagsruhe. Dieses geistige Werk hatte den realistischen Block zerstört. Was aber könnte die jetzige Kamer in dem bevorstehenden Wahlkampf dem enttäuschten Volk bieten? Jaurès erklärt, daß dieser Bankrott des Radikalismus ihm keine Freude bringt, da die Sozialisten zum größten Teil die üblichen Folgen mittragen werden. Das sozialistische Ideal werde nicht durch den Zusammenbruch des gemeinsamen Programms aller linken Parteien bestätigt werden. Der Redner bedauert aufs tiefste diesen Zusammenbruch der legalen Reform.

Für diesen Zusammenbruch ist die Mehrheit ebenso verantwortlich wie die Regierung. Mit geistreichen Witz kommen beide nicht zustande. Es fehlt an Vollstrebenhaft. Der Ministerpräsident, glänzend und geistreich, steht am Rande des Daches. Es mangelt ihm an Methode. Er ist dagegen reich an glänzender Berücksichtigung und geistreichem Witzwarr (incohérence spirituelle).

Der weitere Teil der Rede Jaurès, die mehr als eine ganze Epoche in Anspruch nahm, stand stellenweise eine ethisch-idealistische Zustimmung beinahe der ganzen Kammer. Die Ausführungen trugen nämlich einen ausgesprochen demokratischen, literarischen und philosophischen Charakter.

Jaurès bestätigt die Erfolge des Antiparlamentarismus, zeigt den nochmaligen Gegensatz zwischen der denkenden und der politischen Welt. Die großen Denker und Genie sollen über den Kampf der Parteien stehen. Es gibt eine soziale Solidarität der großen Geister. Jaurès führt als Beispiele Goethe, Victor Hugo, Wagner an. Die Mittelmäßigkeit des sozialen Lebens ruft eine tiefe Entzückung, einen Rückgang in den höheren Regionen des Geistes her. Zur Ausführung eines großzügigen Programms gehört eine Volksbewegung. Jaurès zitiert die Worte Bismarck, daß ohne die Sozialdemokratie die soziale Reform unmöglich wäre. Er spricht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Absolutismus, von der der Staatsbildung, der Mäßigung der sozialen Reform überhaupt. Dies alles wurde so formvollendet, so schön vorgetragen, daß der große Redner die allgemeine Bewunderung der Kammer erzwang. Es war zum ersten Male

während dieser Legislatur, daß er einen so großen Bedeutung erzielte.

Das praktische politische Resultat ist aber für den Augenblick sehr gering. Die Regierung Clemenceau - Briand - Viviani wird ihr wütiges Treiben fortsetzen; die bürgerliche Mehrheit, die von feiner mächtigen proletarischen Organisationen in Bedrängnis getrieben und angegriffen wird, wird unzählig bleiben. Die Hunderte von Millionen werden, wie vorher, auf kulturmöderische Kriegsausgaben, nicht zum Zweck des sozialen Fortschritts aufgewendet. Die Skandale des bürgerlichen Regimes nehren sich gründlich. Die Arbeiterklasse allein kann dem herrschenden Chaos ein

Ende an der ganzen Politik des engen Freundschaftsverhältnisses zu Russland neuerdings keinen besonderen Gefallen mehr finden kann. Es hat sich gezeigt, daß die Drei-Mächte-Entente, welche die englische Regierung als Gegengewicht gegen den Dreikampf handhaben will, keineswegs imstande gewesen ist, England vor diplomatischen Niederlagen zu bewahren. Dieser Politik zuliebe hat man Russen an Russland ausgeliefert, der auf Englands hat in der Türkei und im Orient stark gelitten, ohne daß dafür irgend etwas geschehen ist. Ein Vorteil für England in Sicht wäre. Im Gegenteil, England muß sich die Brutalitäten der am Verfolgungswohn leidenden zarischen Kreuzschiffe ruhig gefallen lassen und zu ziehen, wie seine Bewegungsfreiheit infolge derselben Politik auch in anderen Teilen der Erde eingeschränkt wird.

Und was das Schlimmste ist, so wenig die treue Freundschaft des Zaren für die Zwecke der englischen Politik wert ist, so kann sich die englische Regierung noch viel weniger auf jene Freundschaft verlassen. Ein Teil der Presse spricht offen die Furcht aus, daß man trotz aller Opfer, die man im Interesse Russlands gebracht, doch damit rechnen müsse, daß England, wenn es auf einen Gegenstand von Seiten Russlands angewiesen sein werde, vom Zaren im Stiche gelassen werden könnte. Die Begegnung zwischen dem Zaren und dem deutschen Kaiser in den finnischen Gewässern hat viele Leute in England stürzig gemacht. Man beginnt sich darauf gesetzt zu machen, daß die englisch-russische Freundschaft sich nicht von großer Dauer erweisen wird, und daß die erste Stichprobe die Tatsache offenbaren wird, daß die Wahlverwandtschaft zwischen russischem Zarismus und deutschem Halbabsolutismus weit stärker ist, als alle ländlichen Zusammenlebensversuche der englischen Regierung.

Auß allen diesen Gründen ist der bevorstehende Besuch des Zaren in England so unpopulär wie nur möglich. Die reaktionären Kreisorgane, welche das bestreiten, schlagen der Wahrheit ganz offenkundig und bewußt ins Geheim. Die wahre Meinung des englischen Volkes wird indes noch Gelegenheit haben, sich zu äußern. Es ist bereits gemeldet worden, daß die Arbeiterpartei eine große Protestversammlung am Trafalgar Square veranstaltet wird, in welcher u. a. Keir Hardie, MacDonald und Henderson sprechen werden. Vor dem Besuch wird noch der Auswärtigerat im Unterhaus diskutiert werden, und die Regierung dürfte da noch manche saure Stunde erleben und auch den beiden Monarchen die Freude des Wiedersehens einigermaßen vergällt werden.

## Deutsches Reich.

Abrechnung mit dem Brotwucher.

Zu einer Abrechnung mit der Regierung und den Parteien des Brotwuchers, zugleich zu einer Auseinandersetzung über die gegenwärtige politische Lage wird sich die Beratung der sozialdemokratischen Rotstands-Interpellation im Reichstag am kommenden Mittwoch gehalten. Die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach Belebung der Ausfuhrprämien auf Getreide und zeitweise Suspendierung der Getreidezölle ist so einleuchtend, so ganz mit unbewußtlicher Folgerichtigkeit aus der Not des Tages geboren, daß sich selbst grundläufige Anhänger des Schuhjolls ihr nur dann entziehen können, wenn sie das Interesse der Broterzeuger über Vernunft und Gemeinwohl stellen. Die demokratische Berliner Wogenpost schlägt sich der sozialdemokratischen Forderung vollständig an und schreibt:

Russland, daß reaktionäre Russland, hierer Staat ohne Erbarmen und Menschlichkeit, hat im Jahre 1891 ein Ausfuhrverbot für Getreide erlassen, weil die Preise bedenklich hoch standen. Deutschland, das Land der sozialen Reform, zahlte heute jedem Bauer 50 kg. pro Hektar Ausfuhrprämie für jede Tonne Roggen oder Weizen, die er aus Deutschland exportiert und so dem nationalen Konsum entzieht. Während die Kapitalist sich anstellen, als sei es ihnen um die Gewinnung der Reichsfinanzen zu tun, plündern sie die Reichsstadt um Hunderte von Millionen und rauschen obendrein den deutschen Kunden aus, die für das knappe Brot Hungernden spülen müssen.

Trotz dieses offen zutage liegenden Notstandes hat es beinahe großes Mühe gelöst, die den steuerhaften Erben unbekannte Interpellation auch nur auf die Tagesordnung zu bringen. Die Zeitungsschreibung hoffte, die Beratung würde nicht viel vor Weihnachten stattfinden und ein gemeinsamer Pfaffenblatt, die Berliner katholisch-klerikale Germania, übertrumpfte ihre geschickte Blödsinn und verschwörer durch den frechen "Witz", die Regierung hätte beantworten sollen. So verlief das seite Juncker- und Pfaffenblatt die offizielle Not des Volkes.

Ob Fürst Bülow, der agrarische Kanzler, am Mittwoch kommt und was er wohl sagen wird?

### Schuhjolls.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgende schroffes Urteil: Seitdem im Jahre 1889 der Abg. Graf Brühl im preußischen Abgeordnetenhaus Klage darüber führte, daß viele Volksschullehrer in "wahren Schulpalästen" wohnten, ist diese Bezeichnung in der Bevölkerung zum gebräuchlichen Wort für schlechte und baufällige Schulhäuser geworden. Und es gilt noch heute. Der von der Medizinalabteilung des Kultusministeriums bearbeitete Bericht über das "Gesundheitswesen des preußischen Staates im Jahre 1907" spricht von besonders schlechten Schulhäusern in den ländlichen Kreisen der Bezirke Königsberg, Stettin, Bromberg, Osnabrück und Oppeln. Im Bezirk Stettin sind die Räume vielfach so klein, daß auf ein Kind nur 1½ bis 1¾ Kubikmeter Raum entfallen. Von den Schülerräumen im Schlesien, Bezirk Bromberg, wird berichtet, daß sie in alten Häusern untergebracht sind, die in bezug auf Beleuchtung, Lüftung, Ausstattung und Raumaufteilung so außerordentlich minderwertig seien, daß man von den Eltern kaum verlangen könne, daß sie ihre Kinder in diesen Räumen anvertrauen. Im Bezirk Osnabrück sind in vielen Landschulen die Fußböden aus Stein oder Zement hergestellt, wodurch namentlich im Winter und im Frühjahr die Gesundheit der Kinder ausschließlich gefährdet wird. Besondere Räume für die Kleiderablage sind fast in keiner Landsschule vorhanden. Und sie wären doch hier noch nötiger als in den Städten, damit die auf langen Schulwegen durchquerten Kleiderstücke nicht die Luft für die in engem Raum zusammengepferchten Kinder noch mehr verderben. Neben diesen Angaben aus jenem Bericht sind einige besonders traurige Einzelfälle bei den Beurteilungen des Kultusministeriums im Abgeordnetenhaus sowohl in der Kommission als auch im Plenum zur Sprache gekommen. In II. bei Schildberg, Provinz Posen, konnte der Lehrer nicht einmal seine Möbel in der Unterkunft unterbringen. Die Heizung funktionierte so schlecht, daß die Temperatur auf höchstens 9 Grad Celsius zu bringen war, in den kalten Tagen aber des Nachts unter Null sank. Die Folge war, daß dem

Lehrer und seiner Familie die Hände erfroren. Bei der Beurteilung der Petition dieses Lehrers meinte ein Mitglied der Kommission, solche Zustände seien nicht bloß im Osten, sondern auch im Westen zu finden. In seinem Bezirk sei eine Polizeischulklasse in dem Langzaal des Dorfverwaltungshauses untergebracht. Bei dem Abkommen zwischen Wirt und Gemeinde habe sich der erste das Recht gemacht, bei größeren Festlichkeiten, auch bei Hochzeiten, die an Wochenenden stattfinden, den Saal für seinen eigentlichen Zweck zu verwenden. Dazu müsse also die Schulklasse ausquartieren und der Unterricht ausfallen! So selbst vor den Toren Berlins findet man noch "Schuhjolls". Ein Vertreter Berlins im Abgeordnetenhaus wies darauf hin, daß er in Ruhlsdorf auf den Südsüdosten Rieselpulpa vor etwa sieben Jahren eine Schulflohe vor 30 Kindern in einem Raum gefunden habe, der jeder Beschreibung spottete. Vor jetzt zwei Jahren fand er nur 56 Kinder noch in genau demselben Raum vor, trotzdem die Stadtgemeinde Berlin der Schulgemeinde einen Bauplatz mit 100 000 M. für eine neue Schule zur Verfügung gestellt hatte. Der Neubau ist aber auch heute noch nicht fertig gestellt. Beides ist der Gesamtbetrag der anschlagsmäßigen Kosten für die in der Ausführung begriffenen ländlichen Schulbauten im Jahre 1906 gegen das Jahr 1901 um rund 4% gesunken.

### Der Hansaterror.

Der neue Kapitalistbund preist sein Stoffgemateriel unverblümmt weiter nach dem Muster der gelben Fabrikvereine. Ein Beispiel ist der Vorwurf an den Hansaterror erzählt zu diesem Thema:

Ich höre, teils verheiraten, teils ledig. Heute vormittag wird und wird ich dem Hansaterror vorgelegt, in die ich der Chef mit seinem ersten Beamten eingeschaut hat. Von uns zeichnet sich niemand ein. Nachmittag geht die Sitzung wieder ins Privatzimmer, um 4 Uhr kommt der Chef zurück, mit an und lädt durchdrücken, daß mir nicht zusteht, an mich den Ultimatum die Frist abzuspielen, daß ich zu gewidrigen hat. Ich habe es gern, wenn sich alle Angeklagten an dem Hansaterror beteiligen. Was blieb uns übrig, wie ziehen wir, obwohl es uns schwer genug geworden, die eine Mark (Wiederholung) abzustehen.

Und dieses ergwogene Hansaterror will so etwas wie die nationale Erneuerung herbeiführen!

### Bürgerlicher Mannesmut vor lästlichen Säuden.

Für die in nächster Woche stattfindenden Schwurgerichte, verhandlungen wider den Wirt, Regierungsrat Dr. Hammann und Fürst Philipp zu Eulenburg ist es fast unmöglich eine Geschworenenbank zu bilden. Sollte es den Geschworenen schwierig, so hohe, zum Teil furchtbare Herren zu verurteilen? Eigentlich tauschen Gefangene mit ärztlichen Untersuchungen von Geschworenen ein, in denen wegen Unpälichkeit erachtet wird, sie vom Geschworenenamt zu entbinden.

Die Komödie sieht sich an, als jolligen Eulenburg und Hammann über die Geschworenen zu Gericht schießen und beweist wieder einmal, wie sehr bei uns zulande Göttingen Gerechtigkeit durch die Blinde guckt.

### Ein militärischer Meineidprozeß.

Der Unteroffizier Johann Reile vom 15. Infanterieregiment in Neuburg a. S. stand vor dem Obertribunalgericht zu München wegen Meineids. Reile lobt keinerlei, wie der Infanterie-Ober von den Unteroffizier Flügel den Befehl erhielt, 100 m al Kniebeugen zu machen, und weil er dabei läuft, auf Befehl eines weiteren Unteroffiziers namens Reinhardt noch 100 Kniebeugen mit. Gemehraufwärtskriechen machen mag. Schließlich gab ein dritter Unteroffizier namens Reinhardt dem Ober den Befehl, in der Kniebeugung liegen zu bleiben. Reile forderte die drei Unteroffiziere auf, den Huber in Ruhe zu lassen. Huber beschwerte sich und die drei Unteroffiziere wurden wegen verhältnismäßig Begünstigung eines Untergebenen zu je 8 Tagen Strafe Arrest verurteilt. Sie legten Berufung beim Kriegsgericht des Division ein. In der ersten Verhandlung vor dem Standgericht erklärte Reile als Zeuge, er habe nichts davon gewußt, daß Huber das Gewebe aufwärtsstreichen müsse. In der zweiten Verhandlung gestand er indes auf Wahrhaftigkeit des Vorwiegenden, daß er in Neuburg bis Unwahrschafft beschworen habe, und zwar aus Angst vor dem viel älteren Unteroffizier Flügel, der ihm gegenüber stand. Er sollte nicht so viel sagen. Das Kriegsgericht der zweiten Division erkannte gegen Reile auf 1 Jahr Bußgeld und sprach den Unteroffizier Flügel von der Anklage des Misstrauens frei. Ob Reile legte Berufung am Oberkriegsgericht ein, das das Urteil aufholte und den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis und zur Degradierung verurteilte und zwar mit der Begründung, daß nach § 158 des RL-G. bei Übertritt vor dem gleichen Gericht auf die Hälfte der Strafe zu entlassen sei. Obwohl nun Reile erst in der zweiten Kuanwiderrufen hatte, so hielt das Obertribunalgericht entschieden die Rechtsprechung des Reichskriegsgerichts, dem § 158 doch für anwendbar, da die familiären militärischen Verbündeten als einheitlicher Organismus anzusehen seien.

### Der 37. deutsche Reichstag.

In der zweiten Sitzung berichtete Ob. Justiz Dr. Weißer (Weimar) über die Arbeiten der Krankenhauskommissionen. Er betont, daß die Krankenhauskommission immer bemüht war, genau nach den bestimmten Geboten zu handeln, die der Königberger Kriegsgericht aufgestellt hat. Weiter berichtet er die Brüderlein, die innerhalb der Kriegszeit noch in Bezug auf die freie Kriegszeit vorhanden sind. — Dr. G. (Berlin) berichtet jedoch über den Vertrag mit den Lebensversicherungsgesellschaften. — Dr. Berndt (Stralsund) behandelt die Krankenhausordnung. Eine eingesetzte Kommission hat die Grundlage über die Anstellung von Krankenhausärzten aufgearbeitet.

Im Krankenhaus dürfen nur ärztliche Anschauungen maßgebend sein, wenn der Arzt die Anforderungen gerecht werden soll, die Hygiene und Diagnose stellen müssen. Die meisten Krankenhäuser werden von Krankenhauskommissionen verwaltet, an deren Spitze meist Juristen oder Pastoren stehen. Das hat zu Missständen geführt, daß auch das preußische Medizinalministerium erkannt hat, daß die Ärzte nicht die Pflicht erfüllen lassen, den Einstieg des Arztes auf die Leitung der Krankenhaus zu stärken. Einige Krankenhausleitungen, namentlich der geistlichen Krankenhäuser, bemühen sich, die Wirkungen dieser Regelung abzuwenden.

Wir müssen verlangen, daß mit der ißtümlichen Tätschelheit von Seiten in diesen Krankenhäusern aufgeräumt wird. Es müssen Juwänner an die Spitze kommen. Wir haben Menschenbedingungen für die Anstellung auszufordern, daß soll die Waffe sein, nur die unabdingbar, zum Teil entsprechend Rüstung zu bekräftigen. Die Erfahrung des Arztes als Fachmann von der Bewertung durch Juristen und Pastoren, muss unter Hauptziel sein. Nach jener Doktor wurde die Grundlage einstimmig angenommen.

Es berichtete dann Medizinalrat Dr. Lindemann (Mainz) über die Tätigkeit der Kommission gegen das Kurpfälzerwegen. Er bezog sich auf eine ausführliche Denkschrift, die Dr. Ritter Charkotenburg dem Kriegsgericht unterbreitet hat und in der er vor allem die Sanktionen der verschiedenen politischen Richtungen nach der Quoniam der Kurpfälzeranwälte untersucht hat. — Siegfried Charkotenburg: Wenn auch das Kurfürstengericht dem Bundesrat noch nicht zugegangen ist, darf uns das nicht abhalten, in der Präsentation des Kurpfälzeruntersuchens alles in zum was in unserer

## Die englische Arbeiterpartei gegen den Zarenbesuch.

Von unserem Correspondenten.

J. a. London, 26. Juni.

Die englische Arbeiterpartei erhält heute ein Manifest gegen den Empfang des Zaren durch König Edward und die englische Regierung, in welchem es heißt:

Sir Edward Grey hat im Namen der Regierung angekündigt, daß der Zar dem König im Monat August in London einen Besuch abstatten werde. Wir glauben, daß dieser Besuch der großen Mehrheit des englischen Volkes widerlich ist. Wir haben nicht den Wunsch, uns in die inneren Regierungangelegenheiten eines fremden Staates hineinzumischen. Aber wenn jene Regierung durch ein System des Verderbs aufrechterhalten wird und sich dadurch verteidigt, daß sie ihre besten und höchsten Bürger dem Tode überlässt oder in die Verbannung schickt, wenn sie den letzten Hauch von Freiheit durch Hinter Spione und Schurken jeder Art unterdrückt, dann bedeutet es eine Verhöhnung unseres guten Namens als Nation und unserer Selbstachtung, daß unser Staatsoberhaupt den Herrscher eines solchen Staates in unserem Namen empfange, namentlich wenn dessen verteidigerliche Willkür jener verbrecherischen Agenten seinem Zweifel unterliegen kann.

Auf der andern Seite ist unser Protest in keiner Weise gegen das Volk von Russland gerichtet, das durch den Zaren nicht mehr repräsentiert wird, als Opfer von ihrem Verdrücker repräsentiert werden können. Mit dem russischen Volke wollen wir wie freundliche Nachbarn leben, und zum Beweis dessen sind wir bereit gewesen, die Mitglieder der Duma ohne Unterschied der politischen Ansichten zu empfangen und würden die russischen Schulehrer begrüßt haben, hätten die russische Bureaucratie noch nochmaliger Überlegung nicht geschriften, daß die freie Luft Englands den Geist dieser wichtigen Beamten beflecken könnte.

Es wurde zur Entschuldigung des Revolver-Besuches im vorigen Jahre gesagt, daß er eine legendre Wirkung auf die innere Regierung Russlands ausüben werde. Gerade daß Gegenstand hier von der Zarin gewesen. Seitdem der König und der Zar einander in den bolzischen Gewässern begegneten, ist die Geschichte der russischen Administration auf Schwärzen und blutigen Blättern geschrieben worden. Tolstoi's Anklage gegen den "Herrscher-Zaren", die im vorigen Jahre erschien, sonderte einen Schauder des Schreckens durch die Welt, und jede Worte, die seitdem vergangen ist, hat eine neue grausige Wirkung der Brutalität gebracht. Die folgenden Bissen, aus offiziellen Quellen zusammengestellt, offenbaren die Methoden der russischen Regierung:

Gefangenisse Hinrichtungen Selbstmorde in Russland 90 000 Selbstmorde in Russland 90 000

Jährl. Bevölkerung d. Gefangenisse

1905 65 000 1905 10

1906 111 000 1906 144

1907 138 000 1907 456

1908 170 000 1908 826

1909 Jan.-März 235

Nicht weniger als 237 Ex-Mitglieder der Duma sind zu verschiedenen Gefangenestrafen verurteilt worden, und 18 sind in öffentliche Vergewaltungen verbannt worden. Seit 1905 sind 406 Zeitungskolumnen und Redakteure zu Gefangenestrafen verurteilt worden. Hat Abdul Hamid jemals schlimmere Taten begangen?

Sollen wir, aus einer falschen Auffassung der Gastfreundschaft und einer ebenso falschen Auffassung der internationalen Verbündtschaften heraus, stumm zusehen, wie unser Herrscher das verantwortliche Haupt der russischen Bureaucratie empfängt? Sind wir nicht verpflichtet, es bekannt zu machen, ebenso wie unsere Vorfahren es getan hätten, daß das Land durch das Ersehen eines solchen Guests innerhalb seiner Grenzen erniedrigt wird, daß er kommt umgehetzen von dem Volke, das dieses nicht nur ihm seligen Willkommen heißt, sondern daß es auch gegen seine Regierung feierlich protestieren muß?

Auch richtet sich unser Eindruck nicht bloß dagegen, daß wir als die Komplizen des Zarenums erscheinen sollen. Wir müssen uns bewahren vor den Einflüssen, welche die russische Bureaucratie auf ihr freundlich geführte Regierungen ausübt. In Deutschland wirken Polizeiaufstellungen in kleinen Organisationen in St. Petersburg zusammen, um russische Studenten auf deutschem Boden zu beobachten und zu verfolgen. In der Schweiz wurde die hohe Justiz erneut durch russische Vorstellungen in Verbindung mit der Wassiliess-Angelogenheit. Dersele Einstellung ist heute auch in Belgien an der Arbeit. In Frankreich betreibt die russische Geheimpolizei ihr Geschäft unter der Direktion der Komplizen von Izem, und hätte die öffentliche Meinung nicht entschieden Einpruch erhoben, so hätte erst jüngst selbst Amerika den russischen politischen Flüchtlingen das Obdachrecht verweigert. Die Welt wird vom Zarenum angefeindet.

Wir hoffen, daß das Land laut seine Meinung sagen wird, und daß seine Stimme entschieden und nachdrücklich die Regierung verdammen wird, welche für den Besuch verantwortlich ist.

Das Manifest spricht für sich selbst. Es geht darum, daß die englische Arbeiterpartei sich in dieser Sache auf der Höhe ihrer Aufgabe befinden hat, was noch der so unequalitären Deutschen Regierung nicht gelingt. Die Arbeiterpartei doppelt ehrlich ist. Die Arbeiterpartei erkennt, daß sie den bürgerlichen Politiken auch in der auswärtigen Politik kein Monopol einzuräumen darf, sondern das sie auch auf diesem Gebiete ihren eigenen Weg gehen muss. Die Erklärungen der Arbeiterpartei selbst und das Beispiel der internationalen Bewegung werden dafür sorgen, daß sie auch den richtigen Weg zu wählen wissen wird.

Der Monarch wird auf die öffentliche Meinung in England einzuwirken einen neuen Eindruck machen. Den breiten Massen des Volkes wird es ohne Zweifel aus der Seele, denn abgesehen von ganz kleinen Revolutionären oder persönlich interessierten Kreisen hat das englische Volk nur Abneigung und Hass für den Zarismus übrig.

Zu kommt noch, daß ein sehr armer Teil der liberalen



während dieser Legislatur, daß er einen so großen Niedergang erzielte.

Das politische politische Resultat ist aber für den Augenblick sehr gering. Die Regierung Clemenceau-Briand-Bivalani wird ihr wütendes Treiben fortsetzen; die bürgerliche Mehrheit, die von keiner wichtigen proletarischen Organisation im Bedrängnis getrieben und angestossen wird, wird unzählig bleiben. Die hunderte von Millionen werden, wie vorher, auf kulturmörderische Kriegsausgaben, nicht zum Zweck des sozialen Fortschritts aufgewendet. Die Skandale des bürgerlichen Regimes mehrten sich gründliches Ziel sehen.

## Die englische Arbeiterpartei gegen den Zarenbesuch.

Von unserem Korrespondenten.

J. a. London, 26. Juni.  
Die englische Arbeiterpartei erstellt heute ein Manifest gegen den Empfang des Zaren durch König Eduard und die englische Regierung, in welchem es heißt:

Sir Edward Grey hat im Namen der Regierung angekündigt, daß der Zar dem König im Monat August in Cowes einen Besuch abstatte werde. Wir glauben, daß dieser Besuch der großen Wehrhaftigkeit des englischen Volkes widerlich ist. Wir haben nicht den Wunsch, uns in die inneren Regierungsgeschehenen eines fremden Staates hinzuzumischen. Aber wenn jene Regierung durch ein System des Mordes aufrechterhalten wird und sich dadurch verteilt, daß sie ihre besten und stärksten Bürger dem Tode überläßt oder in die Verbannung schickt, wenn sie den leidesten Hauch von Freiheit durch Henker, Spione und Schurken jeder Art unterdrückt, dann bedeutet es eine Verhüpfung unseres guten Namens als Nation und unserer Selbstachtung, daß unser Staatsoberhaupt den Herrscher eines solchen Staates in unserem Namen empfange, namentlich wenn dessen verhödliche Billigung jener verbrecherischen Agenten seinem Zweifel unterlegen kann.

Auf der andern Seite ist unser Protest in keiner Weise gegen das Volk von Russland gerichtet, das durch den Zaren nicht repräsentiert wird, als Opfer von ihrem Bedränger repräsentiert werden können. Mit dem russischen Volke wollen wir, wie freundliche Nachbarn leben, und zum Beweise dessen sind wir bereit gewesen, die Mitglieder der Duma ohne Unterschied der politischen Ansichten zu empfangen und würden die russischen Schullehrer begrüßt haben, hätte die russische Bureaucratie nach nochmaliger Überlegung nicht gefürchtet, daß die freie Luft Englands den Geist dieser wichtigen Beamten befunden könnte.

Es wurde zur Entschuldigung des zweiten Besuches im vorigen Jahre gesagt, daß er eine regenreiche Wirkung auf die innere Regierung Russlands ausüben werde. Gerade das Gegenteil hiervon ist der Fall gewesen. Seitdem der König und der Zar einander in den baltischen Gewässern begegneten, ist die Geschichtliche russischen Administration auf schwärzleren und blutigeren Blättern geschrieben worden. Tolstojs Anklage gegen den „Herrn-Zaren“, die im vorigen Jahre erschien, sonderte einen Schauder des Schreckens durch die Welt, und jede Worte, die seitdem vergangen ist, hat eine neue grausige Wirkungskraft gebracht. Die folgenden Ziffern, aus offiziellen Quellen zusammengestellt, offenbaren die Methoden der russischen Regierung:

Gefängnisse	Hinrichtungen	Selbstmorde in Gefängnissen
Gefängniskosten der Gefängnisse: Nur Civile Personen	90 000	
Eigl. Bevölkerung d. Gefängnisse		
1905 65 000	1905 10	
1906 111 000	1906 144	1906 30
1907 138 000	1907 456	1907 70
1908 170 000	1908 825	1908 59
1909 1. Febr. 181 137	1909 Jan.-März 25	

Nicht weniger als 287 Ex-Mitglieder der Duma sind zu verschlebenden Gefängnisstrafen verurteilt worden, und 18 sind in öffentliche Bergwerke verbannt worden. Seit 1905 sind 406 Zeitungsherausgeber und Redakteure zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Hat Abdul Hamid jemals solimane Taten begangen?

Sollen wir aus einer falschen Aussöhnung der Gottfreundschaft und einer ebenso falschen Aussöhnung der internationalen Verbündtschaften heraus, stumm zusehen, wie unser Herrscher das verantwortliche Haupt der russischen Bureaucratie empfängt? Sind wir nicht verpflichtet, es bekannt zu machen, ebenso wie unsere Vorväter es getan hätten, daß das Land durch das Erscheinen eines solchen Guests innerhalb seiner Grenzen erniedrigt wird, daß er kommt, umgeben von dem Volle, daß dieses nicht nur ihm Willkommen heißt, sondern daß es auch gegen seine Gegenwart feierlich protestieren muß?

Auch richtet sich unser Einspruch nicht bloß dogmatisch, daß wir als die Komplicen des Zarentums erscheinen sollen. Wir müssen uns bewahren vor den Einflüssen, welche die russische Bureaucratie auf ihr freundlich gesinnte Regierungen ausübt. In Deutschland wirken Polizeiabteilungen mit geheimen Organisationen in St. Petersburg zusammen, um russische Studenten auf deutschem Boden zu bestechen und zu verfolgen. In der Schweiz wurde die hohe Justiz erniedrigt durch russische Vorstellungen in Verbindung mit den Wassillies-Angelegenheiten. Der selbe Einfluß ist heute auch in Belgien an der Arbeit. In Frankreich betreibt die russische Geheimpolizei ihr Geschäft unter der Direktion der Komplizen von Ajem, und hätte die öffentliche Meinung nicht entschieden Einspruch erhoben, so hätte erst jüngst selbst Amerika den russischen politischen Flüchtlingen das Obdachrecht verweigert. Die Welt wird vom Zarentum angefeindet.

Wir hoffen, daß das Land laut seine Meinung sagen wird, und daß seine Stimme entscheiden und nachdrücklich die Regierung verdammen wird, welche für den Besuch verantwortlich ist.

Das Manifest spricht für sich selbst. Es zeigt, daß die englische Arbeiterpartei sich in dieser Sache auf der Höhe ihrer Ansicht befinden hat, was nach der so unerträglichen Deichselrede des englischen Arbeiters führt doppelt erstaunlich ist. Die Arbeitervorsteher erkennt, daß sie den bürgerlichen Politikern auch in der auswärtigen Politik kein Monopol einräumen darf, sondern daß sie auch auf die am Gebiete ihres eigenen Weges gehen muss. Die Erfahrungen der Arbeiterpartei selbst und das Beispiel der internationalen Bewegung werden dafür sorgen, daß sie auch den richtigen Weg zu wählen wissen wird.

Das Manifest wird auf die öffentliche Meinung in England unbedingt einen tiefen Eindruck machen. Den breiten Massen des Volkes wird es ohne Zweifel aus der Seele, denn, abgesehen von ganz kleinen reaktionären oder persönlich interessierten Kreisen, hat das englische Volk nur Abscheu und Haß für den Zarismus übrig.

Dazu kommt noch, daß ein sehr armer Teil der liberalen

Partei an der ganzen Politik des engen Freundschaftsverhältnisses zu Russland neuerdings keinen besonderen Gefallen mehr finden kann. Es hat sich gezeigt, daß die Drei-Mächte-Entente, welche die englische Regierung als Gegengewicht gegen den Dreikönig handhaben will, keineswegs imstande gewesen ist, England vor diplomatischen Niederlagen zu bewahren. Dieser Politik zuliebe hat man Verschiss an Russland ausgeliefert, der Russlands hat in den Türken und im Orient stark gelitten, ohne daß darin irgend etwas ein erheblicher Gegenvorteil für England in Sicht wäre. Im Gegenteil, England muß sich die Brutalitäten der am Verfolgungswohn leidenden zaristischen Kreuzritter ruhig gefallen lassen und zu ziehen, wie seine Bewegungsfreiheit infolge derselben Politik auch in andern Teilen der Erde eingeschränkt wird.

Und was das Schlimmste ist, so wenig die reine Freundschaft des Zaren für die Zwecke der englischen Politik wert ist, so kann sich die englische Regierung noch viel weniger auf jene Freundschaft verlassen. Ein Teil der Presse spricht offen die Besichtigung aus, daß man trotz aller Opfer, die man im Interesse Russlands gebracht, doch damit rechnen müsse, daß England, wenn es auf einen Gegendienst von Seiten Russlands angewiesen sein werde, vom Zaren im Stiche gelassen werden könnte. Die Begegnung zwischen dem Zaren und dem deutschen Kaiser in den finnischen Gewässern hat viele Leute in England stiftig gemacht. Man beginnt sich darüber geschockt zu machen, daß die englisch-russische Freundschaft nicht von großer Dauer erwarten wird, und daß die erste Stichprobe die Tatsache offenbart, daß die Wahlverwandtschaft zwischen russischem Zarismus und deutschem Halbabsolutismus weit stärker ist, als alle lüstlichen Zusammenleitungsversuche der englischen Regierung.

Aus allen diesen Gründen ist der bevorstehende Besuch des Zaren in England so unpopulär wie nur möglich. Die reaktionären Kreisorgane, welche das bestreiten, schlagen der Wahrheit ganz offenkundig und bewußt ins Gesicht. Die wahre Meinung des englischen Volkes wird indes noch Gelegenheit haben, sich zu äußern. Es ist bereits gemeldet worden, daß die Arbeiterpartei eine große Protestversammlung am Trafalgar Square veranstalten wird, in welcher u. a. Keir Hardie, MacDonald und Henderson sprechen werden. Vor dem Besuch wird noch der Austritt aus der Entente diskutiert werden, und die Regierung dürfte da noch manche saure Stunde erleben und auch beiden Monarchen die Freude des Biedersehens entgegenwerfen.

## Deutsches Reich.

Abschaffung mit dem Brotwucher.

Zu einer Abrechnung mit der Regierung und den Parteien des Brotwuchers, zugleich zu einer Auseinandersetzung über die gegenwärtige politische Lage wird sich die Beratung der sozialdemokratischen Reichstags-Interpellation im Reichstag am kommenden Mittwoch gestalten. Die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach Beseitigung der Ausschüttprämie auf Getreide und zeitweise Subsistenzförderung des Getreidezolls ist so einleuchtend, so ganz mit unbewußtlicher Folgerichtigkeit aus der Not des Tages geboren, daß sich selbst grundsätzliche Anhänger des Schuhjocks nur dann entziehen können, wenn sie das Interesse der Brotverteurer über Vernunft und Gemeinwohl stellen. Die demokratische Berliner Morgenpost schließt sich der sozialdemokratischen Forderung vollständig an und schreibt:

Russland, das reaktionäre Russland, dieser Staat ohne Echarmen und Menschlichkeit, hat im Jahre 1891 ein Ausschüttverbot für Getreide erlassen, weil die Preise bedenklich hoch standen. Deutschland, das Land der sozialen Reform, zahlte heute jedem Junfer 50 reich. 55 Mark Ausschüttprämie für jede Tonne Roggen oder Weizen, die er aus Russland exportiert und so dem nationalen Konto entzieht. Während die Ugarier sich anstellen, als sei es ihnen um die Auslandserlöse der Reichsfinanzen zu tun, plädiert die Reichskasse um Hunderte von Millionen und pönnert obendrein den deutschen Kunden aus, die für das knappe Brot Hungersnotpreise zahlen müssen.

Trotz dieses offen zutage liegenden Rostandes hat es beinahe keine Interpellation auch nur auf die Tagessordnung zu bringen. Die Kreuzzeitung hältte, die Beratung würde „nicht viel vor Weihnachten stattfinden und ein gemeinsames Pausenblatt, die Berliner Katholisch-Klerikale Germania, übertrumpfte ihre geschickte Blod- und Bettelschweif durch den freien „Wip“, die Regierung hätte die sozialdemokratische Interpellation stell am 30. am 31. Juni beantworten müssen. So verläuft das seife Junfer und Pausenfest, die öffentliche Not des Volkes.

Ob fürst Bülow, der agrarische Kanzler, am Mittwoch kommt und was er wohl sagen wird?

## Schulpaläste.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgende ehrliche preußische Idylle: Seitdem im Jahre 1889 der Abg. Graf Breith im preußischen Abgeordnetenhaus klage darüber führte, daß viele Volksschullehrer in „wahren Schulpalästen“ wohnen, ist diese Bezeichnung in der Lehrerzeitung zum geistigen Wort für schlechte und baufällige Schulhäuser geworden. Und es gilt noch heute.

Der von der Medizinalabteilung des Kultusministeriums bearbeitete Bericht über das „Gesundheitswesen des preußischen Staates im Jahre 1907“ spricht von besonders schlechten Schulhäusern in den ländlichen Kreisen der Bezirke Königsberg, Stettin, Bromberg, Osnabrück und Oppeln. Im Bezirk Stettin sind die Räume vielfach so klein, daß auf ein Kind nur 1½ bis 2½ Quadratmeter Raum entfallen. Von den Schulklassen in Schoden, Begr. Bromberg, wird berichtet, daß sie in alten Häusern untergebracht sind, die in bezug auf Beleuchtung, Lüftung, Ausstattung und Instandhaltung so außerordentlich minderwertig seien, daß man von den Eltern kaum verlangen könne, daß sie ihre Kinder diesen Räumen anvertrauen. Im Bezirk Osnabrück sind in vielen Landsschulen die Füchöden aus Stein oder Beton hergestellt, wodurch namentlich im Winter und im Frühjahr die Gesundheit der Kinder auf höchst gefährdet wird. Besondere Räume für die Kleiderablage sind fast in keiner Landsschule vorhanden. Und sie wären doch hier noch nötiger als in den Städten, damit die auf langen Schulwegen durchhäufigen Kleidungsstücke nicht die Lust für die in engem Raum zusammengepferchten Kinder noch mehr verderben. Neben diesen Angaben aus jenem Bericht sind einige besonders triste Einzelfälle bei den Beurteilungen des Kultusministers im Abgeordnetenhaus sowohl in der Kommission als auch im Plenum zur Sprache gekommen.

In II. bei Schildberg, Provinz Posen, konnte der Lehrer nicht einmal seine Möbel in der Unterkunft unterbringen. Die Heizung funktionierte so schlecht, daß die Temperatur auf höchstens 9 Grad Celsius zu bringen war, in den kalten Tagen aber des Nachts unter Null sank. Die Folge war, daß dem Lehrer und seiner Familie die Hände erfroren. Vor der Präsentation der Petition dieses Lehrers meinte ein Mitglied der Kommission, solche Zustände seien nicht bloß im Osten, sondern auch im Westen zu finden. In seinem Bezirk sei eine Schulklasse in dem Tanzsaal des Dorfverwaltungshauses untergebracht. Bei dem Abkommen zwischen Wirt und Gemeinde habe sich der erste das Recht gewahrt, bei größeren Feiern, auch bei Hochzeiten, die an Wochentagen stattfinden den Saal für seinen eigentlichen Zweck zu verwenden. Dazu müsse also die Schulklasse ausquartieren und der Unterricht ausfallen. So selbst vor den Toren Berlins findet man noch Riegelgärtner vor etwa sieben Jahren eine Schulklasse der 30 Kindern in einem Raum gefunden habe, der jeder Beschreibung spottete. Vor jetzt zwei Jahren fand er nun Kinder noch in genau demselben Raum vor, trocken da Stadtgemeinde Berlin der Schulgemeinde einen Bauplatz mit 100 000 M. für eine neue Schule zur Verfügung gestellt hatte. Der Neubau ist aber auch heute noch nicht fertig gestellt. Es allein ist der Gesamtbetrag der anstaltsmäßig möglichen Kosten für die in der Ausführung begriffenen ländlichen Schulhäuser im Jahre 1906 gegen das Jahr 1901 um rund 4% erhöht.

Lehrer und seiner Familie die Hände erfroren. Vor der Präsentation der Petition dieses Lehrers meinte ein Mitglied der Kommission, solche Zustände seien nicht bloß im Osten, sondern auch im Westen zu finden. In seinem Bezirk sei eine Schulklasse in dem Tanzsaal des Dorfverwaltungshauses untergebracht. Bei dem Abkommen zwischen Wirt und Gemeinde habe sich der erste das Recht gewahrt, bei größeren Feiern, auch bei Hochzeiten, die an Wochentagen stattfinden den Saal für seinen eigentlichen Zweck zu verwenden. Dazu müsse also die Schulklasse ausquartieren und der Unterricht ausfallen. So selbst vor den Toren Berlins findet man noch Riegelgärtner vor etwa sieben Jahren eine Schulklasse der 30 Kindern in einem Raum gefunden habe, der jeder Beschreibung spottete. Vor jetzt zwei Jahren fand er nun Kinder noch in genau demselben Raum vor, trocken da Stadtgemeinde Berlin der Schulgemeinde einen Bauplatz mit 100 000 M. für eine neue Schule zur Verfügung gestellt hatte. Der Neubau ist aber auch heute noch nicht fertig gestellt. Es allein ist der Gesamtbetrag der anstaltsmäßig möglichen Kosten für die in der Ausführung begriffenen ländlichen Schulhäuser im Jahre 1906 gegen das Jahr 1901 um rund 4% erhöht.

## Der Hansaterror.

Der neue Kapitalistenslond preßt sein Glassgatematerial unverblümmt weiter nach dem Muster der gelben Fabrikvereine. Ein Brief an den Vorstand erzählt zu diesem Thema:

In dem Konto, in dem ich angeheftet bin, arbeiten im ganzen Haus teils verbrautet, teils ledig. Heute vormittag wird uns eine Liste des Hansabundes vorgelegt, in die sich der Chef mit seinen ersten Beamten eingeschaltet hat. Von uns sind Privatkontor, um 4 Uhr kommt der Chef, ist 1½ Stunden mit an und lädt durchdrückt, daß wir nicht zeichnen, an nichts anzutasten. Am 31. Juli ist gewöhnlich Ultimo die Räumung vor. Es steht uns über, wie sich alle Angehörten zu entzweit. Und dieses erzwungene Hansengebilde will so etwas wie nationale Erneuerung herbeiführen!

Bürgerlicher Mannesmut vor fürstlichen Sünden.

Für die in nächster Woche stattfindenden Schwurgerichtsverhandlungen wider den Wirt, Legationsrat Dr. Hammann und Büchner Philipps zu Eulenburg ist es fast unmöglich eine Geschworenenbank zu bilden. Sollte es den Geschworenen leichter, so habe, zum Teile fürstliche Herren zu verurteilen? Täglich laufen Besuche mit ärztlichen Utensilien von Geschworenen ein, in denen wegen Unpälichkeit erucht wird, sie vom Geschworenennetz zu entbinden.

Die Stomdie sieht sich an, als sollten Eulenburg und Hammann über die Geschworenen zu Bericht rufen und beweisen wieder einmal, wie sehr bei uns zulande Güte Gerechtigkeit durch die Blinde gärt.

## Ein militärischer Meineidsprozeß.

Der Unteroffizier Johann Reile vom 15. Infanterieregiment in Neuburg a. S. stand vor dem Oberstiegsgericht in München wegen Meineids. Reile war seinerzeit, wie der Infanterie-Haber von den Unteroffizier-Habern des Befehls erhielt, 100 mal zu Kniebeugen zu machen, und weil er dabei lachte, auf Befehl eines weiteren Unteroffiziers namens Huber noch 100 Kniebeugen mit Gewehr auf dem Rücken machen musste. Schließlich gab es keine Unteroffiziere, um Huber den Befehl, in der Kniebeuge liegen zu lassen, zu foltern. Huber beschwerte sich und die drei Unteroffiziere wurden wegen vorsätzlich widerige Behandlung eines Untergebenen zu je 8 Tagen Militärtat bestraft. Sie legten Berufung beim Reichsgericht bei.

Der Unteroffizier Johann Reile vom 15. Infanterieregiment in Neuburg a. S. stand vor dem Oberstiegsgericht in München wegen Meineids. Reile war seinerzeit, wie der Infanterie-Haber von den Unteroffizier-Habern des Befehls erhielt, 100 mal zu Kniebeugen zu machen, und weil er dabei lachte, auf Befehl eines weiteren Unteroffiziers namens Huber noch 100 Kniebeugen mit Gewehr auf dem Rücken machen musste. Schließlich gab es keine Unteroffiziere, um Huber den Befehl, in der Kniebeuge liegen zu lassen, zu foltern. Huber beschwerte sich und die drei Unteroffiziere wurden wegen vorsätzlich widerige Behandlung eines Untergebenen zu je 8 Tagen Militärtat bestraft. Sie legten Berufung beim Reichsgericht bei. Das Kriegsgericht erkannte Reile auf 1 Jahr zu Kneibau und sprach den Unteroffizier Huber von der Anklage des Meineids fre. Reile legte Berufung am Oberstiegsgericht ein, das das Urteil aufholte und den Unteroffizier zu neuen Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilte, und zwar mit der Begründung, daß noch § 158 des R.S.-G. bei Widerruf vor dem gleichen Gericht auf die Hälfte der Strafe zu entlasten sei. Obwohl nun Reile erst in der zweiten Instanz widerrufen hatte, so hielt das Oberstiegsgericht entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts, den § 158 doch für anwendbar.

Der 37. deutsche Vergleich.

In der zweiten Sitzung berichtet Geh. Hofrat Dr. Pfeiffer (Weimar) über die Arbeiten der Krankenhauskommission. Er betont, daß die Krankenhauskommission immer bemüht war, genau nach den bekannten zehn Geboten zu handeln, die der Königberger Vergleich aufgestellt hat. Weiter berichtet er, daß die Prüfungsergebnisse im Inneren des Reichs nicht in Bezug auf die freie Regierung vorhanden sind. — Dr. Götz (Berlin) berichtet sodann über den Vergleich mit den Lebensversicherungsgesellschaften. — Dr. Berndt (Stallendorf) behandelt die Krankenhausarztreage. Eine eingeleitete Kommission hat die Grundlage über die Ausstellung von Krankenhausbriefen ausgearbeitet.

Im Krankenhaus dürfen nur ärztliche Anschauungen maßgebend sein, wenn der Arzt den Anforderungen gerecht werden soll, die Humanität und Angenehmkeit müssen wünschen. Die meisten Krankenhäuser werden von Ärztekammern verwaltet, an deren Spitze meist Juristen oder Politiker stehen. Das hat zu Missständen geführt, die auch das preußische Medizinministerium erkannt hat. Es hat Erfahrungen, die die Ärzte erkennen lassen, den Einfluss der Ärztekammern zu stärken. Einzelne Krankenhäuser, bemühen sich, die Wirkungen dieser Erfasse abzuwenden.

Wir müssen verlangen, daß mit der lebensberuhigenden Tätigkeit von Ärzten in diesen Krankenhäusern aufgeräumt wird. Es müssen Fachärzte an die Spitze kommen. Wer haben Wirkungsuntersuchungen für die Anstellung ausgearbeitet, das soll die Wissenschaften, zum Teil europäische Ausbildung zu betreiben. Die Untersuchungen der verschiedenen politischen Abteilungen nach dem Ergebnis der Kürschnerkommisionen untersucht hat. — Gießen Charlotenburg: Wenn auch das Kürschnerkonsortium dem Bundesrat noch nicht zugestanden ist, darf und das nicht erhalten, in der Entwicklung des Kürschnerkonsortiums alles zu tun, was in un-



# CIRCUS

Schumann

Sportplatz Dresden-Loschwitz, an der König-Albert-Straße.

Dienstag den 29. Juni, 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## Große Festvorstellung

mit ausgewähltem Programm.

Die 3 Cornellis, musik. Clowns.

### Die drei Gladiatoren

die besten lust- und Kopf-Equilibristen.

Mittwoch den 30. Juni

## 2 große Vorstellungen 2

Nachm. 4 Uhr: Kinder unter 12 Jahren zahlen auf allen Plätzen die Hälfte. — Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Volle Preise für gross und klein. Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reichhaltig wie dasjenige der Abend-Vorstellung.

Vorverkauf in den Zigaretten-Geschäften von L. Wolf,

Seestrasse und Postplatz.

Alles nähere die Plakate.

# Musenhalle Löbtau

Dienstag den 29. Juni, abends 8 Uhr

## Grosses Garten-Militär-Konzert

aufgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 177, unter persönlich Leitung des Kgl. Oberaufzugsmeisters Röpenack.

Zum Schluss des Konzerts:

**Grosses Schlachten-Potpourri** von Sare, unter Bezugnahme eines Tambour- und Hornstreiches sowie einer Gewehrabteilung. — Feenbunte Garten-Beleuchtung.

Um gütigen Auftritt bitten Ernest Valton u. Frau.

## Constantia

Schönster Punkt von Dresden.

Jeden Dienstag: **Gr. Militär-Konzert** Aufgang 8 Uhr. Eintritt mit Programm 15 Pf.

Königl. Grosser Garten.

## Frances Etablissement

(früher Martin)

Heute Dienstag, nachm. von 8<sup>1/2</sup>, bis 10<sup>1/2</sup>, Uhr

## Groß. Militärkonzert

aufgeführt von der Kapelle des 2. Königl. Sächs. Grenadier-Regiments Nr. 101 unter persönlich Leitung des Kgl. Oberaufzugsmeisters L. Schröder.

Es lobt ergeben ein

Stadt. Franke.

# Bürger-Schänke

Palmstrasse 11 eine Minute vom Postplatz

Mr Grösstes und schönstes Bier- und Speiselokal Dresdens.

Einer geehrten Einwohnerchaft von Dresden-Cotta und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir das

## Restaurant Stadt Dresden

12 Ockerwitzer Strasse 12 wieder eröffnet haben.

Es wird unser Bestreben sein, nur das Beste aus Küche und Keller zu bieten und bitten wir um gemäßigten Beiprecht.

Hochachtungsvoll M. Thierbach und Frau.

## Kohlen!

Sehr günstige Gelegenheit!

Eine Ruhelabung prima böhmischer Braunkohle ist am Schifferhaus eingetroffen und zu sehr billigen Preisen zu verkaufen. Bruttos, 1000 Stück 6 Sch. 6 Pf., 1000 Stück 7 Sch. 7 Pf., frei Zölle. Emil Kühnel, Dresden-Cotta, Coffeabaude Str. 5. Telefon 9075.

## Schuhmacher-

Bedarfssortikel aller Art, Werkzeuge u. Leisten in grösster Auswahl, sowie Schuhleder-Ausschnitte in bestem Zustand zu billigen Preisen empfohlen.

Rudolf Kobitzsch, Dresden-A. An der Frauenkirche 6 und 7.

## Volksbadewannen für 8 M.

während der Dauer des Jahrmarktes, Sonntag, Montag und Dienstag. Insgesamt eine grosse Ab- schluss. Kosten diese Wannen nur 8 M. Garantie für Gültigkeit und Güte des Materials 2 Jahre.

Otto Graichen, repr. Klempnermeister, Trompeterstrasse 15 (Zentraltheater-Passage).

# Total-Ausverkauf

sämtlicher Sommer-Schuhwaren.

Um mein großes Lager in Sommer-Artikeln möglich zu räumen, habe ich die Preise zum Teil bis unter den Einheitspreis ermäßigt. Es bietet sich dem gesamten Publikum von Radeberg und Umgegend jellene Gelegenheit, wirklich reelle und solide Schuhwaren zu konkurrenzlos billigen Preisen zu kaufen.

**Albert Möbius, Schuhmacher, Radeberg**

Oberstrasse 1, neben dem Rathaus

Gigene Maß- und Reparatur-Werkstatt.

# Cafetin

Coffeefreier Extrakt für Bohnenkaffee  
Artikel warm empfehlen  
das gewünschte Frühstückstrink.  
Erhältlich in Kolonialwaren-Händlungen.

# Möbel

bezieht man jetzt direkt aus Wilsdruff vom Genossen Hildebrand.

Eigene Tischlereiwerft.

Möbelmagazin Ammonstrasse 29

Jahrmärkt-Sonntag geöffnet. Große Ausstellung in Polstermöbeln, Komplettionen Wohn- und Schlafzimmern, Küchenmöbeln, Spiegeln usw.

Der Verkauf findet zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt.

Genosse Borthold Werner.

## Zum Landtags-Wahlkampfe unentbehrlich!

Soeben erschienen:

### Die Sächsische Politik der letzten Jahre

ein Handbuch zu den Landtagswahlen 1909

Mit dem Landtagswahlgesetz, der Ausführungsverordnung und einer Landtagswahl-Statistik sowie der Landtags-Wahlkreiseinteilung . . . .

von Emil Nitsche

Zugleich drittes Ergänzungsbuch zum Handbuch Sächsische Politik

Preis 1.50 Mark

Herausgegeben vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsen.

Gleichzeitig wird herausgegeben:

## Das Plural-Wahlgesetz

mit einer Erläuterung zur praktischen Handhabung bei den Landtagswahlen

Preis 20 Pfennig.

Ferner empfehlen wir zur Landtagswahl:

### Die Sächsische Politik

von Emil Nitsche

Preis 3.40 Mark

1. Ergänzungsbuch zum Handbuch Sächsische Politik. Preis 20 Pfennig.

2. Ergänzungsbuch. Preis 60 Pfennig.

Die drei Ergänzungsbücher, darunter das Handbuch zu den Landtagswahlen für 1909, in einen Band gebunden. Preis 8.50 Mark

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21.

# Möbel

alles hier kaufen man am vortheilhaftesten bei

Curt Wilkerling

Pieschen, Mohrenstr. 2, und im Schloss.

Paul Kaden

Wäsche u. Manufakturwaren

Spezialität: Turnbekleidung

Pieschen, Torgauer Strasse 21.

# Gruna-Seidnitz.

Abonnements auf die Dresdner Volkszeitung, Insertaten- und Druckaufträge, Bestellungen auf alle Parteiliteratur sowie auf Einbanden von Büchern nimmt jederzeit gern entgegen

Richard Weinecke, Kolporteur

Gruna, Rothermundstr. 3a.

Possen-Ensemble  
Vogelwiese noch freie  
Domäne, Dornbirn

Kein Laden!  
Teppiche

U. Gardinen

Teppiche  
Läuferstoffe  
Portieren  
Tischdecken  
Sofabezüge  
Sitzbezüge  
Feste  
Gardinen  
Gardinen, Fenster  
Stores  
Vitrinen  
Vitrinen, Fenster  
Pries u. Plastisch  
Stopperdecken  
Schlaendecken  
Kamtschadecken  
Teppiche mit kleinen Füßen  
Rester und zurückgeworfene  
Wäsché bis 50 Pf. Stück

12 Plüschsofas  
bis 35 M. an

2 Chaiselongues  
von 22 M. an  
Salon-Garnitur  
bis 88 M. an

Starers

Teppichhaus u.  
Gardinenlager

Wilsdruffer Strasse 3  
I. und II. Etage.

H. Jod

wie neu, f. 28 M. pro  
Doppelkissen 19, L. 10.

Rößüm-Rößt 2.50—9.—  
a. Kinderwölfe, moderne Kind  
Ses. Schürzen, gr. Küstwölfe, Billig

Paul Henkel, Wohlholz, 21

Glockenbläser aufgelegten  
in g. Größe, gut, wie a. neue &  
D. Kleider, Schuhe, Jungen  
kleinen Kinderwölfe, a. u. Verkau

10 Gr. Brüdergasse 10, 2

Zigarren-Haus

August Döppmann  
Siebenlechner Strasse 16

holt sich bei Bedarf dieses ansehnliche  
Gut. J. H. Blaß 21  
der Freiheit Hause  
Engel, Salzmarkt  
Haus, Jungfern

Eine Stellmacherei

im Vorort Dresden 5 ist, günstig, gut  
Off. am J. B. 500 in der Gru. b. 1

W. Pöschels, Wohlholz &  
Seitstellen, solide Arbeit, billig  
Teile, teils gern gelt, ohne Verlust  
Glockenbläser 22 beim Tanzcafé

Gut gebr. Bett mit Matratze, Kissen,  
Festbett u. versch. mehr preis  
Dr. Bruno, Beilstraße 21, Gut

Stadt. L. Schmid, Wohl 220 M.  
in dem. Dienstbüro 74, II, 1

Militär-Stiefel u. Schuhe

neu u. gut, gute bei  
R. Neißel, H. Krebsass

Elterne Frau

gekauft. Dienstbüro 54, Zeit  
Buden

Zentralverein Deutscher Buchdrucker u. verw. Betriebe  
Zweigverein Dresden.

## Nachruf.

Unseren Mitgliedern hiermit die schwerige Trauer, bei  
am Donnerstag den 24. Juni bei der Toten

Ernst Petrasch

Bierverkäufer in der Brauerei Waldbärenbräu  
verstorben ist. — Wir werden den Verkäufern ein  
ehrendes Andenken bewahren!

Der Vorstand.

Büchergeschenk vom Großherzog unserer neuen Gesandtschaften, der Groß

Hedwig Hose

bedankt sich, hierdurch allen für die herzliche Teilnahme  
den Altersheim sowie die Begleitung zur letzten Ruhestätte  
meinen herzlichen Dank ausdrücken.

Dresden, den 26. Juni 1909.

Gustav Hose im Namen sämlicher Gesandtschaften.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Robert Groß, Dresden-Kappel.

Verantwortlich für den Intendanten:  
Reinhold Siegler, Dresden.

Druck und Verlag: Raben & Comp., Dresden.



und daß sich Böllow „mit Recht“ für seinen Rücktritt entschieden habe. — Und solche Zeitung will noch ernst genommen sein!

Marsch.

Das Dresdner Journal bringt eine offizielle Erklärung, der wie folgendes entnehmen:

In einer hiesigen Wochenzeitung erscheinen seit einiger Zeit Artikel, die verstoßene Mitglieder des Königshauses verunglimpfen und geeignet sind, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. In diesen Artikeln wird unter Hinweis auf angebliche Geheimbestimmungen des Sächsischen Hauses gelesen, wonach das erzgeborene Kind eines Thronfolgers oder Königs, wenn es ein Sohn ist, zum evangelischen Glauben übertragen müsse, folgendes behauptet: Im Jahre 1853 sei dem damaligen sächsischen Kronprinzenpaar ein Sohn geboren worden, der nach Böszprem unter dem Namen Gega Horbath als am 26. August 1853 geboren eingesetzten sei. Eine berichtigende Parallele im Kirchenbuch besagt aber, daß diese Geburt am 26. August 1854 erfolgt sei. Gega Horbath, der lange Zeit in Sachsen gelebt habe, sei, ohne eine Bestrafung erlitten oder gegen Gesetze verstochen zu haben, aus Sachsen ausgewiesen worden. Gegenwärtig seien die Gerichtsbehörden bemüht, Eicht in das geheimnisvolle Dunkel zu dringen, und Gega Horbath sei bis zur Entscheidung der Sache gerichtlich angeklagt worden, den Namen Gega v. Wettin zu führen, das Gericht habe selbst seine Zustellung mit dem Namen Gega v. Wettin abgesetzt.

Da die ganze Art der Abfassung dieser Artikel darauf schließen läßt, daß dabei nach dem Grundsatz semper aliquid haeret gehandelt wird, so sei hiermit folgendes festgestellt: 1. Die Behauptung, daß der einen sächsischen König oder Kronprinzen erzgeborene Prinz zum evangelischen Glauben übertragen müsse, enthebt jeder Begründung; es bestehen in dieser Richtung keinerlei Bestimmungen oder Versprechungen, auch keine geheimen. 2. Die Königin Karola ist überhaupt nie, weder als Kronprinzessin noch als Königin, von einem Kinder entbunden worden. 3. Horbath behauptet, daß außer der schon erwähnten Parallele im Kirchenbuch zu Böszprem noch eine weitere Vernektung zu seinem Geburtsintrag auf das Königlich-Sächsische Geheimarchiv zu Dresden verweist. In dem Kirchenbuch zu Böszprem befindet sich aber zu dem Geburts- und Taufeintrag Horbachs überhaupt keinelei Parallele und keinerlei Handbemerkung; sächsische Archive enthalten nichts, worauf sich eine derartige Handbemerkung stützen könnte. 4. Richtig ist, daß Gega Horbath sich im Besitz einer oder mehrerer Ausstellungsbücher zweier Bildgerichte auf den Namen v. Wettin befindet. Dies erklärt sich daraus, daß die Bildgerichte in einer Prüfung der Berechtigung zur Führung ihres angegebenen Namens nicht eintreten. Eine Ernennung oder Anerkennung sich des Namens v. Wettin zu bedienen, ist dem Horbath von sächsischen oder preußischen Gerichten niemals erlaubt worden. 5. Horbath ist wiederum wegen unbefugter Annahme des Adelsprädikats bestraft und schließlich aus Sachsen ausgewiesen worden, weil er sich fortgesetzt von „Horbath“ nannte. Die Ausweisung ist von einer Zeit verfügt worden, wo er mit der Behauptung, daß er Wettiner Prinz sei, noch gar nicht hervorgetreten war. Neuerdings erst ist Horbath wegen der unbefugten Beilegung des Namens Prinz v. Wettin an seinem jetzigen Wohnorte Gorlitz vor dem dortigen Amtsgerichte rechtsträchtig bestraft worden. In Görlich hat Horbath die Angaben über sein Geburtsjahr und seinen Geburtsstag wiederum geändert, indem er vor Gericht behauptet hat, daß er im März 1854 geboren sei.“

Wir haben von den Behauptungen der Dresdner Rundschau keine Notiz genommen, weil wir sie für sensationellen Blasphemie hielten. Ohne der Gellierung im Journal übertriebene Bedeutung beizulegen, muß gesagt werden, daß sie diese Aussage unzweideutig bestätigt. Nicht zustimmen können wir ihr aber, wenn sie davon spricht, daß jene Blasphemie das Königshaus „verunglimpft“ und die Öffentlichkeit „beunruhigt“. Davor laufen keine Rinde sein, nur der Neugierde und Sensationssucht wurden Mässer auf die Mühle geliefert. Doch solcher Blasphemie hier mehr als üblich geneigtes Ohr findet, ist noch der höflichen Schätzungs- und anderen Missuren nicht verwunderlich.

#### Die städtischen Arbeiter

nahmen in stark besuchter Versammlung am Sonnabend Stellung zu dem Besluß des Rates, vom 1. Juli an eine Neuregelung der Arbeiterlöhne einzutreten zu lassen. Breitler schilderte in großen Zügen den Verlauf der Bewegung, der zu dem Ratsbesluß führte. Ob nun mit diesem Ratsbesluß den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprochen werde, könne man heute noch nicht sagen, da die Einzelheiten der Vorlage nicht bekannt seien. Zu bedauern bleibt aber, daß die Arbeiterlöhne erst ab 1. Juli eine Erhöhung erfahren sollen, während die Gehaltsaufbesserung der Beamten mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ausgestattet sei. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß die Arbeiterlöhne ebenfalls vom 1. Januar 1909 erhöht würden. Habe man für die Regelung des Lehrers und Beamtengehalter Hunderttausende übrig gehabt, so würden wohl für die Arbeiter auch noch die nötigen Mittel zu beschaffen sein, um auch ihnen eine wesentliche Erhöhung aufzuwerfen zu lassen. — Die Diskussion war sehr ausgedehnt und erregt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Nachdem der Rat in seiner Sitzung vom 15. Juni den vorgelegten Entwurf zur Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter genehmigt und den Mehrbedarf dazu bewilligt hat, richten die am 26. Juni im Saale des Volkshauses zahlreich versammelten städtischen Arbeiter an das Stadtverordnetenkollegium das dringende Erfuchen, dem Ratsbesluß noch vor Eintritt der Ferien beizutreten, damit die Auszahlung der erhöhten Löhne nicht länger verzögert wird. Weiter ersuchen die Versammelten das Kollegium, es wolle beschließen, daß die erhöhten Löhne vom 1. Januar 1909 bewilligt werden. Die Versammelten lassen sich dabei von der Erwagung leiten, daß sie der wirtschaftlich schwächeren Seite sind und ihre Anträge bereits seit dem Jahre 1907 schwelen.“

Herner behandelte Breitler die Maßregelung eines Verbandskollegen im Gastwerk Neustadt. Dieser Kollege hat nichts weiter verbrochen, als seine Mitarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Das ist aber in den Augen der möglichen Instanzen ein Verbrechen, das nur mit der härtesten Strafe, der Brotostrafe, geahndet werden kann. Dieser Fall dürfte weitere Kreise ziehen.

#### Einheitliche Uniformierung der sächsischen Polizeibeamten.

Die Vereinigung sächsischer Polizeibeamten mit dem Sit in Leipzig hat an das Ministerium des Innern eine Einladung gerichtet, in der um Einführung einer einheitlichen Uniformierung der sämtlichen Polizeibeamten Sachsen erucht wird. Begründet wird das Gesuch damit, daß eine einheitliche Uniform das „Gefühl der Zusammengehörigkeit“ innerhalb der Berufsklasse stärken (!) und auf das Publikum, namentlich das reisende, eine günstige Wirkung ausüben würde. (!) Auch würde bei Verzeugung von Polizeibeamten von einer Stadt in eine andere bezüglich des Kostenpunktes eine wirtschaftliche Erleichterung zu erzielen sein. Diejenigen vielen verschiedenen Uniformen ließen auch Verwechslungen zu. So habe in einem Hause ein Angeklagter freigesprochen werden

müssen, weil er den Einwand geltend machte, daß er den Schuhmann für einen Eisenbahnbauarbeiter gehalten habe. (Schredlich!) Das beste sei, es würde eine Uniform gewählt, die ein „nicht militärisches Aussehen“ habe. Das Ministerium steht der Eingabe sympathisch gegenüber, hat aber zunächst die unteren Verwaltungsbehörden angewiesen, sich über die von ihnen in dieser Richtung gemachten Erfahrungen auszutauschen. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, der hier jetzt mit der Sache beschäftigte, befürwortete das Gesuch, weil sich besonders in der Nähe der Großstadt die Einführung einer einheitlichen Uniform für Polizeibeamte sehr empfiehlt.

Die Herren Polizeier sind eben auch standes- und ziellbewußte Leute.

#### Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung erledigte der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt eine Anzahl Konzessionsgesuche. Es wurden genehmigt die Besuche: Monika in Torgau; Ausdehnung der Schankconcession auf eine Veranda; Filialzug in Niedergorbitz; Uebertragung der Schankconcession; Drogist Robach in Briesnig; Uebertragung der Koncession zum Kleinhandel mit Branntwein in verschlossenen Flaschen; Gastwirt Günther in Döbeln (Krone); Abhaltung von Tanzvergnügungen für geschlossene Gesellschaften; Restaurateur Müller in Neumünster; Weinstube. Abgelehnt wurden die Besuche: Gasthofbesitzer Wustlich in Cossebaude; Erweiterung der Tanzbefreiung; Gub in Möbelsack; Wurstfabrik von Selterdösser und Limo-naden in einer Trinkhalle; Bäckereimeister Vogel in Niedergorbitz; Kaffeehaus; Gastwirt Thomas in Steyrl; öffentliches Tanzthalten im Sommerhalbjahr; Gasthofbesitzer Kügel in Bautzen; Erweiterung der Tanzbefreiung; Körner in Cossebaude (Vergesstaurant); allsonntägliches Tanzthalten im Sommerhalbjahr. Das Gesuch der Firma Fabian in Grobburg, um Konzession zum bollen Schankbetrieb wurde an die Gemeinde zurückgegeben. — Des Weiteren wurden noch genehmigt das Ortsgeges über die Erhebung einer Ortsgebühr (Kurtaxe) von den in Böhrsdorf weilenden Fremden und die Festsetzung des Gehalts des Gemeindevorstandes in Hördelerdorf, während die Errichtung einer Sparsäße in Modrik und die Gewährung einer Entschädigung an den ersten Gemeindeschulthei in Cossebaude für dessen Tätigkeit als Stellvertreter des Gemeindevorstandes abgelehnt wurden. Die Gehaltsstaffel für den Gemeindevorstand in Wannewitz wurde an den Gemeinderat zur weiteren Auslassung zurückgegeben. Schließlich wurde noch eine Anzahl Reklame erlebt und der Anstellung des Lehrers Uhlig in Bautzen als Organist der Bezirksanstalten in Saalhausen zugestimmt.

Die Frauen der Kinderschutz-Kommission des 4. Wahlkreises haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit den Kindern der Parteigenossen wöchentliche Spaziergänge in die nähere Umgebung zu machen, um sie den engen Höfen und gefahrvollen Straßen für einige Stunden des Tages zu entziehen. Die erste Veranstaltung dieser Art fand am Dienstag den 22. Juni statt. Leider hatte sie ein vorzeitiges Ende durch das hereinbrechende Gewitter. Die Ausflüge werden jeden Dienstag nachmittag bei günstiger Witterung unternommen, und wollen die Parteigenossen ihre Kinder nach dem Maunzplatz, Egerzellerhalle, dirigieren, von wo aus um 3 Uhr abmarschiert wird. Habituell Beteiligung ist erwünscht.

Selbstmord. Der in der Zigarettenfabrik von Jaschinski angestellte gewesene 33 Jahre alte Kaufmann Georg Knorre schnitt sich am Sonnabend nachmittag in einem Kontor des Jaschinschen Speichers am König-Albert-Hof mit einem Rasiermesser die Arme durch und wurde tot aufgefunden. Der in der Stephanienstraße wohnhaft gewesene Kommissar scheint in einem Anfall geistiger Unnachtung gehandelt zu haben.

Zu dem schweren Unglück eines Radfahrers, das bereits am Sonnabend im Polizeibericht gemeldet ist, wird uns noch geschildert: Am Freitag nachmittag 6½ Uhr ereignete sich die Strießener und Wintergartenstraße ein schwerer Radfahrerunfall, der ein Menschenleben forderte. Drei sehr schnell fahrende Radler kamen die Wintergartenstraße daher und rissen an der Ecke Strießener Straße den im gemäßigten Tempo fahrenden Radfahrer Otto Theurig um, der unter einem Straßenbahnmagneten geriet und schwere Verletzungen davontrug, so daß er am Sonnabend abend, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. Er stand im 27. Jahre und war erst kurze Zeit verheiratet. — Der betreffende schuldige Radfahrer verlor sich zu wehren, als ihm ein junger Mann festhalten wollte, dem er auch noch leichte Verleihungen im Gesicht beibrachte, und entfloß. Es werden alle diejenigen, die etwas von dem unbekannt gebliebenen Radfahrer wissen, gebeten, Näheres an Stephan, Dürerstraße 105, gelangen zu lassen.

Selbstmordversuche. Die schwerwiegend gewordene 21 Jahre alte Wirtschafterin Böhm vom Rittergute Höhrsdorf, Tochter eines Schmidmeisters, sprang am Sonntag früh von der Mitte der Überbrücke aus in die Elbe. Der Vorgang wurde von Schiffsmännern beobachtet, die der Lebensmüden nachfuhren und sie retteten. — Sonntag früh gegen 6 Uhr nahm eine in der Altenberger Straße wohnende Ehefrau Gift und lief nach der Elbe, wo sie zusammenbrach. Beide Personen wurden in die Heil- und Pflegeanstalt gebracht.

Tödlicher Unfall. Der in der Motorenfabrik von Hille als Monteur beschäftigte 46 Jahre alte Albert Hörtsch hantierte am Sonnabend nachmittag an einer zusammenlegbaren Pistole herum, als sich plötzlich eine Patrone, die er im Laufe hatte stecken lassen, entlud und die Kugel in den Unterleib des Hörtsch eindrang. Durch die Kugel wurden die Därme durchbohrt. Hörtsch verstarb am Sonntag vormittag im Friedrichsfelder Krankenhaus. Der in Vorstadt Plauen wohnhaft gewesene Monteur wollte heute im Auftrage seiner Firma eine Reise nach Ruhland antreten.

Altes Eisen. Die Fahrstühle im Justizgebäude am Brünner Platz, die in letzter Zeit probeweise zur Beförderung der Gefangenen in die verschiedenen Stockwerke dienten, sind jetzt endgültig außer Betrieb gestellt worden, nachdem bei einem der elektrischen Aufzüge Kurzschluß eingetreten war. — Zu den vielen Unannehmlichkeiten des verbotenen neuen Landgerichts gehört auch die Unbrauchbarkeit der Fahrstühle.

Bermith wird seit dem 19. Juni der Schulnabe Hans

v. Er hat blondes Haar und blaue Augen und ist von schlanker

Statur. Bekleidet war er mit blauer Schillermütze, weißem Hemd, blauem Chemisett und dem gleichen Bündchen, grauem Wollanzug, langen schwarzen Strümpfen und braunen Engelstuchturnschuhen. Mitteilungen erbittet Frau Gäbel, Gerichtsstraße 20, Hof. 1. Etage.

Vermischte Nachrichten. Herr Oberbürgermeister Neuffer ist von seiner Baudirektion zurückgeführt und hat die Leitung der städtischen Verwaltung wieder übernommen. — Die durchgehende Geschäftigkeit der Gerichtsschreibereien und Kanzleien im neuen Landgericht Brünner Platz, die seit Oktober 1908 nur probeweise eingeführt worden war, ist nunmehr für künftig als feststehend vom Justizministerium bestätigt worden. Die Geschäftsstunden wählen von vornmittags 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags. — Am Freitag stürzte auf der Schloßstraße plötzlich der 48 Jahre alte Kaufmann Robert Neppen in Folge Herzschlags zusammen und blieb tot liegen. Er war Mitinhaber der bekannten Weingroßfirma Schönrocks Nachfolger.

— Von „mächtigem“ Seite wird mitgeteilt, daß von einer 800 000-M.-Größe, die der Kammersänger Burian gemacht oder schon angekommen haben soll, keine Rede ist; er hat von betreffender Dame nicht einen Pfennig geerbt. Die Notiz war von uns dem Berliner Vörsen-Kurier entnommen.

#### Aus der Umgebung.

Klossche. Sonntag früh kamen zwei Radeberger Herren, die einen Fußzug unternommen hatten und wieder nach Radeberg zurückfahren wollten, den Reichsgrundweg in Klossche heruntergefahren. Beim ersten Fahrer, der das zweite Rad probeweise fuhr, versagte beim Nehmen einer Kurve an der Einmündung des Weges zum König-Friedrich-August-Weg die Bremse, und er fuhr mit voller Wucht an den linken Balken des Firmenschildes, wobei er schwer verunglückte. Ein Dresdner Schuhmachermeister veranlaßte die Herbeischaffung eines Stubes aus dem Bade. Der andere Herr holte einen Arzt. Anwohner trug man den Verunglückten mit Hilfe des Badeinners und einiger anderer Herren auf dem Stuhl zum Bahnhof, wo ein zufällig aus Dresden anwohnender Arzt im Verein mit Herrn Dr. Risse aus Klossche schweren Schüdel- sowie rechtsseitigen Schläfenbeinbruch und Verlesung des Unterleibes durch die Fraktur feststellte und die Lieferung in ein Dresdner Krankenhaus verfügte. Beide standen auf dem Bahnhof Klossche-Königswalde nicht einmal eine Stunde zur Verfügung.

Gossebaude. Für die letzten Gemeinderatswahlen war vom Gemeindevorstand eine Anzahl Stimmzettel beanstandet. Die Folge war, daß die Wahl zweier Ausschüppersonen als ungültig erklärt werden sollte. Hiergegen wurde bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde erhoben, die vom Bezirksausschuß als begründet erachtet wurde, weil aus den betreffenden Stimmzetteln nicht mit genügender Deutlichkeit hervorgeht, wer von den Kandidaten an erster Stelle (Ausschüpperson) und an zweiter (Erstwählern) stehen sollte. Diese Entscheidung wurde mit einem Refuse von zwei Gemeinderatsmitgliedern angefochten, jedoch ohne Erfolg. Nun ging die Sache an die letzte Instanz, an das Oberverwaltungsgericht, da die Abstimmungsskala erhoben war, die jedoch aus formellen Gründen abgewiesen wurde, und zwar deshalb, weil die fragenden Personen nicht bei der vorliegenden Instanz beteiligt waren. Auf die materielle Frage, ob die bestandene Wahl zu lösen und eine Neuwahl vorzunehmen sei, ist das Oberverwaltungsgericht gar nicht eingegangen.

#### Gerichtszeitung.

##### Baudericht.

Ein Kulturbild. Das Kulturbüro Werner hatte zwei schwachsinnige Töchter und eine nicht zu große Wohnung. Da der Vater wenig verdiente, wurde ein Schlafzimmer genommen, um einen Fußschlag gut Wiete zu haben. Dadurch zog sich das Ehepaar eine Allzage wegen schwächerer Kuppel zu. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete für den Mann auf 1 Woche und für die Frau auf 1 Monat Gefängnis. Aus der Begründung ging hervor, daß schwächer Kuppel nicht angenommen werden könnte, da das hauptstädtische Merkmal der Eigentümlichkeit fehle. Die Tatsache im allgemeinen war den Sezessioen nicht in Wrede gestellt worden. Die Frau wurde harter bestraft wie der Mann, da es ihr ein Leichtes gewesen wäre, das Verhältnis zu Ihnen, sie habe es aber fünf Wochen gebüßt. Beim Mann gilt als Strafmildernd, daß er bei seiner schwer anstrengenden Arbeit nicht viel zu Hause ist. —

Diebstahl in der Superintendentur. Der Zigarettenfabrik Wilhelm Beichling, 1881 in Pirna geboren, war vom Juli 1905 bis 28. September 1908 Kaufmann in der Superintendentur selbst. Als Zigarettenarbeiter hatte er einen Dienst von 18 M. die Woche. Seit Ende 1907 wurden aus dem Schreibtisch des Superintendenten v. Seelbrosis nach und nach gegen 5000 M. entwendet, und zwar in ungefährten Rösten von 948 M., 500 M., 790 M., 700 M., 200 M., 500 M. sowie am 16. Januar 1908, wo er schon nicht mehr im Hause war, 8450 M. Genau kam der Superintendent seine Verluste nicht festzustellen, da er keine geregelte Buchführung hatte. Auf den Angestellten hatte zunächst niemand Verdacht gehabt, trotzdem es in ganz Pirna bekannt war, daß er ungehörmliche Ausgaben mache. So war er zur Vogelwiese in Pirna am Freitag freigelegt, ein andermal mache er im Überhof eine Spritztour von 128 M. Eine Spritztour per Automobil nach Beuthen kam 800 M. Werner unternahm etliche Röste nach Pirna, Süßwarenwerke usw., wo das Geld keine Rolle spielt. Als Begleiter nahm er fast immer eine Geliebte aus Pirna mit. Wegen der Spazierfahrten mit Weibern wurde er endlich gefündigt. Erst nachdem in der Nacht zum 18. November der große Diebstahl verübt worden war, schickte man zur Verhaftung v. S. Bei seiner Durchsuchung wurden drei Goldstücke im Portemonnaie und ein Hundertmarkchein im Hosenfond verdeckt, dagegenfundene. W. leugnete sämtliche Diebstähle. Das Geld kommt er so freiwillig gewesen ist, und wenn er seine Porzellansachen bestohlen hat, will er von einer Prostituierten Weiß haben, die sich jetzt in Amerika aufhält. Seine Frau hat er weisgemacht, er hätte drei Damen durch Prostituierte geführt und habe er so schönes Geld verdient. Nach den Reden des Kriminalpolizisten, der sich in den letzten Jahren eine Geliebte oder Prostituierte Johanna Weiß habe in Pirna noch in Dresden aufgehoben. Früher hatte Beichling schon einmal ein teilweise Geständnis abgelegt. Zur Aufklärung des Falles standen waren 21 Zeugen geladen, auf eine Anzahl derselben wurde verzichtet. Das Gericht nahm für alle Diebstahlfälle die Todesstrafe Beichlings an und verurteilte ihn wegen Diebstahlfestes zu drei Jahren Haftstrafe und Geldstrafe der Polizeiausstattung. Als krasshärend wurde angeschaut, daß v. S. die Diebstähle nicht aus Not, sondern nur um seinen Geliebten zu föhlen, begangen hat.



## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Vor zehn Jahren.

In diesen Tagen war ein Dezenium vergangen," schreibt auf Korrespondenzblatt der Generalkommission mit bestätigtem Stolze, "seit dem Deutsche Reichstag über die sogenannte 'Bauernarbeitsordnung' beriet. Am 19. bis 22. Juni kam der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeiters, wie das Reichstag beschlossen wurde, im Reichstag zur Verhandlung. Die erste Lesung brachte keine Entscheidung, aber bereits die zweite der Präsidenten ließen erkennen, daß die Regierung mit jenem Schandgesetz eine Niederlage erlitten werde. Diese Niederlage, die sie am 20. November des gleichen Jahres erlitten, konnte selbst durch die Industriearbeitsordnung, die der Zentralverband deutscher Industriearbeiter durch einflussreiche Kreise zusammenbrachte, nicht abgewendet werden. Heute triumphiert die deutsche Gewerkschaftsbewegung, eine Riese gegen damals, über ihre Gegner. Noch wenige Jahre der seitigen Entwicklung, und die Regierung wird dieselben Gewerkschaften, die sie einst zu zerstören gehabt, durch die Geschädigung als die legitime Vertretung der deutschen Arbeiterklasse anerkennen müssen."

Die gewaltige Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist sicher eine der erstaunlichsten Erscheinungen der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Geschwindigkeit, die hohe Bewunderung verdient, sind die Gewerkschaften aufgetreten, trotz aller Anfeindungen ihrer Gegner, den von ihnen für richtig erachteten Weg vorangestritten. Der Erfolg ist nicht ausgeschaut.

### Vokaleß.

**Bautes, Bifßenkeller, Biffer!**

Die Differenzen im Fleischereigewerbe sind vor dem letzten Gewerkegericht als Einigungsgesetz beigelegt worden, die Arbeit nach lange Zeiträume wieder aufgenommen.

### Aus der Umgebung.

**Die Mithnes Gewerkschaften im Jahre 1908.**

Der dieser Tage erschienene Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftsrates gibt ein anschauliches Bild von der Tätigkeit in den wirtschaftlichen Organisationen der Deutschen Arbeiterklasse. Obwohl das vergangene Jahr ein Jahr der Krise, des wirtschaftlichen Niedergangs war, hat das Leben in den Organisationen nicht geruhet; es wurde trotz allem eine rege Tätigkeit zum Wohl der Arbeiter entfaltet. Es war ja vorzusehen, daß das Gewerkeleben des Erwerbslebens nicht ohne Einfluß auf die Mitgliedschaften der Gewerkschaften bleiben würde, doch sind die Befürchtungen bei weitem nicht in dem Maße eingetroffen, wie anfangs angenommen wurde. Darüber finden wir in dem Bericht folgende interessante Angaben: "Wenn nun erstaunlicherweise in den früheren Berichten zu konstatieren war, daß hier am Ende seit dem Jahre 1901 die Mitgliedszahlen ständig im Steigen begriffen waren, so ergibt die Übersicht für 1908 selber einen Rückgang um 199 Mitglieder. Wohl hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 24 erhöht, doch ist die Zahl der männlichen um 223 zurückgegangen. So unerwartet diese letzte Notiz an sie ist, muß doch im Betracht gegeben werden, daß im Jahre 1908 die wirtschaftlichen Kreise einen Anfang angenommen haben, der es geradezu verwunderlich erscheinen läßt, daß die Stellen der Gewerkschaften nicht mehr geschafft werden. Gerade in den Zeiten niedrigster Konjunktur ist es für den Arbeiter besonders schwierig, sein gesetzlich gewährtes Sozialrecht so vollständig zu erhalten, denn das Unternehmertum ist in dieser Zeit seiner günstigeren Stellung wohl bewußt und beruht in vielen Fällen die Sicherheit gestrigter zu machen, das heißt dieselben aus ihrer Organisation zu bringen. Doch diese nicht gelungenen Verhandlungen haben die Gewerkschaften in erster Linie ihrer Tätigkeit und der Stabilität ihrer Unterstützungsvereinigungen. Dieser Umstand berechtigt auch fernherin zu Hoffnungen, welche Aussicht die Zukunft bringt."

Zum Gewerkschaftsrat gehörten im Berichtsjahr 29 Gewerkschaften mit 6018 Mitgliedern (6028 männliche und 885 weibliche) an, die durch 76 Delegierte vertreten wurden.

Ein interessantes Bild von den gegenwärtigen Wirken der Gewerkschaften geben die Mitteilungen über die Kostenverhältnisse der einzelnen Organisationen. In Einnahmen sind dies insbesondere Brutto aus den Hauptlinien in Höhe von 62 506,40 M., 201 416,61 M. zu verzeichnen. Darauf wurden ausgegeben für Steuerunterstützung 2849,05 M., an Arbeitsförderunterstützung 16 287,55 M., Streik-, Auswärts- und Gemahlfestgeldunterstützung 55 926,27 M., Umgangunterstützung 2002,52 M., Rechtsklausur 779,11 M., Krankenunterstützung 86 196,87 M., Notfall- und Notleidunterstützung 2394,14 M., Schreibgeld 2891,90 M., sonstige Ausgaben 39 824,61 M. und an die Hauptlinien eingesetzte 44 101,72 M. Die bei den einzelnen Gewerkschaften angekommenden Gelder, sogenannte Rohstoffkasse, haben einen Aufschwung von 27 681,72 M. Die Stützt Mitgliederbewegung zeigt ans folgendes: Neugekommenen wurden insgesamt 1698 Mitglieder, separiert sind 870, abgezogen 1873, geflossen 60, angetreten 595, ausgeschlossen und wegen Reisen getrennt 685. Der einzugs erzielte Mitgliederzufluss ist heute nicht wieder wettgemacht, die Gewerkschaften scheitern im Jahre 1908 wieder zufrieden vorwärts.

### Inland.

#### Der Arbeiterverein.

Der in diesem Jahre zum ersten Male seitens Gewerkschaften in Großschülternform konstituiert, hat seinen Mitgliedsstand im Berichtsjahr 1908 im wesentlichen gehalten, wenn auch in der kleinen Gruppe von 240 Mitgliedern nicht erheblich. Im Jahresdurchgang wurden 1884 Mitglieder insbesondere 97 weibliche in 124 Mitglieder gestellt. Am Schluß des 2. Quartals hatte die Mitgliedschaft ihren niedrigsten Stand erreicht, mit den dann eintretenden Verfestigung der Geschäftslage im Osteuropa stieg auch die Mitgliedszahl des Vereins.

Gang fortwährend und die Mitgliedschaft für die Arbeitslosenunterstützung (am Ort und auf der Stelle) in den letzten Jahren gestiegen. Gleichzeitig 1908 nur rund 20 240 M. für diese Unterstützung veranschlagt wurden, umfasst im Jahre 1908 rund 70 850 M. veranschlagt werden; die Aussicht hat sich also beträchtlich verbessert. In den zwei Jahren 1906 und 1907 wurde beinahe nur so viel an Arbeitslosenunterstützung ausgeschüttet, wie allein im Jahre 1908. Ein Zeichen für das Wohlergehen der Stelle. Der Verband hatte 70 Stelle, Auswärts- und Rohstoffkassen in 57 Orten in 101 Betrieben mit 8028 Beschäftigten durchgestreift. Nur 10 davon waren Stelle und Auswärtskassen, während 60 Betriebsungen ohne Arbeitsaufstellungen vereinbart wurden. Von den 80 Betriebsungen ohne Arbeitsaufstellung nutzten 89 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 21 zur Würde von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. Eine Ausweitung erfolgte in Reutlingen aus Anlaß des Wehrseiters, an dieser waren etwa 500 Bedarfsarbeiter beteiligt. Von den 8 geführten Streiks waren 6 erfolgreich.

Angriff- und Abwehrstreiks bezogen sich mit auf Lohnabnahmen beginnende Verhandlungen, während bei den Betriebsungen ohne Arbeitsaufstellung erzielten Ergebnissen nach Arbeitszeitverkürzungen erzielt wurden, in einem Falle eine Verkürzung von 10 auf 9 Stunden täglich. Die Rohstoffkassen bestanden in der Mehrzahl zwischen 1 und 2 M.

Nach die Hälfte der geleisteten Streiks ist als Untersuchungen an die Mitglieder geflossen, resultierte der Streik- und Gemahlfestgeldunterstützung. Die Gesamtkennzahlen im Verhältnis zum ein geringes zurückgegangen, sie betrugen 186 758 M. und 189 880 M. Das Verbandsbestandskonto betrug 18 888 M.

Ein größeres Kapitel ist im Bericht der Verbandsmitgliedszugehörigkeit durch Abdruck der zuletzt den Vorständen der verbündeten Gewerkschaften gewidmeten Schreiben gewidmet; wie bekannt, hat diese Firma schon infolge eines greifbaren Rechtsfalls geführt, als der Handelskammertreibende seine Verschmelzung mit dem Arbeitgeberverbund vollzogen hat.

### Zum Hamburger Banarbeiterstreik.

Ein Einigungsbuch im Hamburger Banarbeiterkreis geht hervor. Der Banarbeiterverbund hat die angebotene Vermittlung des Gewerkegerichts zwecks Erledigung der Differenzen abgelehnt. Der Vorstand, Herr Hammel, will den Streitkampf fortführen. In den letzten Tagen sollen Beauftragte des Banarbeiterverbundes abgereist sein, um Streitkämpfer anzutreben. Die Genossen im Innern und Auslands werden gebeten, alles daran zu legen, um den Zugang fernzuhalten. Der Unterzeichnete bittet um rechtzeitige Mitteilung über die Verfolgung der Arbeitsschläge.

**Die Streitleitung. A. L. G. Hartwig.**  
**Hamburg, Befreiungshof 67 (Gewerkschaftshaus).**  
**Sozialdemokratischer Streitkampf.**

Unter dieser Leitung durchwandert die Gewerkschaftspresse ein Streitfeld, wonach in Schleswig (Rheinland) vom Maurerverband ein Streitfeld gegenüber dem christlichen Verbund bereit steht. Demgegenüber steht folgende Tatsache festgestellt: Es ist nicht wahr, daß der Vorstand des Maurerverbands, Kiel-Norden, den Mitgliedern erklärt hat, sie erhielten keine Unterstützung, wenn sie streiken, sondern selbst hat es im Auftrag der Verbundleitung den Kollegen freigesetzt, sich an dem Streit zu beteiligen oder nicht. — Die bei der Vertragskommenden Firma Gaffner u. Hennig (Stolberg) arbeitenden Mitglieder lehnten aber die Beteiligung ab, weil die Firma allen bei der beschäftigten Maurern bereits den geordneten Sohn und mehr gäbt. Da bei der Firma 20 Mitglieder des Maurerverbands beschäftigt sind, die der christliche Verbund gar nicht um ihre Meinung bittet, sondern über deren Kopf weg die Sperre verhängt hat, so kann nun einem Streitkampf unmöglich die Nähe sein.

### Ein Erfolg der Unstetigkeit.

Der Streit, den der Metallarbeiterverband und der Industriearbeiterverband in Solingen gemeinsam gegen die dortige Stahlwarenfabrik Manderscheid führte, ist augenblicklich beendet worden. Ein lebhafter Kontroversenring fanden zwischen dem Firmeninhaber und den Besitzern des Industriearbeiterverbandes sowie des Metallarbeiterverbandes unter Einigungsschluß eines Vertreters der christlichen Metallarbeiterorganisation Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß der Streit aufgehoben wurde und sämtliche Streitende wieder eingesetzt werden sollten. Der Fabrikant erklärte sich bereit, bei Auflösung des Streits eine Summe von 1250 M. an die Arbeiter zu zahlen, die zu gleichen Teilen in die Räumen des Industriearbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes fließen. Gleichzeitig wurde dem Fabrikanten M. die Verpflichtung aufgelegt, eine Ration von 1000 M. zu stellen, die den Räumen der beiden Verbände verfällt, wenn er wiederum bei der Umgebung der Preisverhandlung (Kartelle) betroffen werden sollte.

Dieser Erfolg der Solinger Arbeiter kann man erst dann richtig ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß seit circa zwei Jahren im dortigen Industriearbeiterverein eine große Unzufriedenheit herrschte und Hunderte von gelernten Arbeitern gar keine oder nur teilweise Beschäftigung haben. Unberedt werden aber auch hoffentlich die Solinger Arbeiter aus dem günstigen Abschluß dieses Streits die beiden Verbände verfüllt, wenn er wiederum bei der Umgebung der Preisverhandlung (Kartelle) betroffen werden sollte.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Situation im Stände der Bewegung hat mir insofern eine Stärkung erfahren, als der Magistrat seine Ausserordnungspolizei dadurch noch gesteigert hat, daß am Freitag weitere 41 Arbeiter auf Strafhaft gesetzt wurden, so daß die Zahl der Streitenden jetzt 529 beträgt. Trotz der 400 Arbeitsschlägen ist der Magistrat jedoch keineswegs in die Lage, die notwendigen Arbeitern verhelfen zu können. Im eingangs erwähnten Pünktchen sind die Mittel seit Beginn des Streits erst gewaltsam abgeholt worden, während die Widernehmer überhaupt nicht abgeholt werden. Dagegen bilden die Streitende, die zum großen Teil aus dem niedrigen Geviert bestehen, nun gerade eine Gefahr für das Rathaus. Mit Stolz und Gaudium trampeln ausgerüstet, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Beilegung des Streits nicht zu hoffen. Die einzige Möglichkeit, den Streit angemessen der Zuständigen zu wenden, ist Waddoups und Kampf. Die Städtischen Arbeitern mag wie vor ihrer Seite, kein einziger ist abgefallen. Die allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft wird bei den fünf gezeigten Verhandlungen kämpfend Arbeitsschlägen den Städten Stettin und Danzig zeigen.

### Streit des Städtischen Arbeiters in Stettin.

Die Gewerkschaften geben die täglichen Mitteilungen über die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsräte, sind sie tatsächlich die Herren der Stadt. Dabei erleben sie sich der ausgiebigen Unterstützung der Bevölkerung. Wie dem, der einen Streitbrecher auch mit schief ansetzt. Das Verhalten des Magistrats ist noch immer das alte, nachgezogene im Kreis, denn wie ein Stadtbau bei Predigtreden der Intendanten, die von den Arbeitervertretern eingetragen waren, bemerkte, "Rücksichtslosigkeit Vergleich auf konsequenter Verfolgung". Bei diesem Streit der Arbeitsschlägen ist auf eine baldige Be



